



3. BERICHT DER EURO-PREISKOMMISSION

Juni 2002



3. Bericht der Euro-Preiskommission

1 ZUSAMMENFASSUNG	1
2 THEMENSCHWERPUNKTE UND BESCHLÜSSE DER EURO-PREISKOMMISSION (AB MÄRZ 2002)	4
2.1 Beschwerden	4
2.2 Psychologische Wahrnehmung der Preise – „gefühlte“ Inflation	8
3 BESCHWERDEBEARBEITUNG: LEOBENER KOOPERATIONSMODELL – PRÜFUNGSGRUPPE DER EURO-PREISKOMMISSION.....	10
3.1 Leobener Kooperationsmodell – Berichte aus den Bundesländern	10
3.2 Prüfungsgruppe	13
4 PREISMONITORING DES WIFO - PREISENTWICKLUNG UND DIE EINFÜHRUNG DES EURO ALS BARGELD	14
4.1 Zusammenfassung	14
4.2 Preisentwicklung und die Einführung des Euro als Bargeld	17
4.3 Vergleich der Preisentwicklung in Österreich mit jener in Deutschland und in der Schweiz für ausgewählte Verbrauchsgruppen	22
4.4 Subjektive Inflationswahrnehmung und tatsächliche Inflation	29
5 EUROPREISENTWICKLUNG - BEOBSAHTUNG DER VERÄNDERUNG DER WICHTIGSTEN PREISSTELLUNGEN WÄHREND DER EURO-EINFÜHRUNG IM VERSCANNTEN LEBENSMITTELHANDEL IN ÖSTERREICH - ACNIELSEN	33
5.1 Allgemein	33
5.2 Ergebnisse.....	34
ANHANG 1: PARLAMENTSKORRESPONDENZ ÜBER DEN 2. BERICHT DER EURO-PREISKOMMISSION	39

ANHANG 2: EURO-EINFÜHRUNGS-BEGLEITFORSCHUNG	42
Methodik der Erhebung	42
Ergebnisse der dritten Erhebung: März/April 2002	42
ANHANG 3: MITGLIEDER, SACHVERSTÄNDIGE UND GESCHÄFTSSTELLE DER EURO-PREISKOMMISSION	44
ANHANG 4: EUROBAROMETER 57.1 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION	45

3. Bericht der Euro-Preiskommission

1 Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht der Euro-Preiskommission an die Bundesregierung und an den Nationalrat über die Erreichung der Ziele des Euro-Währungsangabengesetzes erfasst den Zeitraum ab März 2002¹ und beinhaltet die nachfolgenden Schwerpunkte:

- **Preisentwicklung und die Einführung des Euro als Bargeld**

In den letzten Monaten beruhigte sich das Preisklima, nachdem die Inflation zu Beginn des Jahres vor allem als Folge witterungsbedingter Verknappung bei Gemüse und Obst Spitzenwerte erreicht hatte. In Österreich betrug die Teuerungsrate im Juni 2002 laut Verbraucherpreisindex 1,7%², nach 2,1% im Jänner 2002. Auch im Euro-Währungsgebiet ließ die Inflation nach: Im Juni 2002 wurde eine Jahresveränderungsrate von nur mehr 1,8%³ ausgewiesen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Österreich lag mit 1,5% unter dem Durchschnitt für die Währungsunion⁴. Österreich befindet sich damit weiterhin unter jenen Mitgliedstaaten mit der niedrigsten Inflationsrate innerhalb der Euro-Zone.

Das Abflauen der Teuerung entspricht im Großen und Ganzen jener Entwicklung, die auf Grund des Verlaufes der wichtigsten Bestimmungsgründe der Konsumentenpreise erwartet werden konnte. Mit dem Abklingen der Effekte des Ölpreisanstieges und der Auswirkungen der Tierseuchen außerhalb Österreichs, welche die Preisentwicklung seit mehr als zwei Jahren bestimmen, sinkt die Teuerungsrate in vielen EU-Ländern unter die Marke von 2%.

Von einem Preisschub auf breiter Front als Folge der Bargeldumstellung kann jedenfalls in Österreich nicht gesprochen werden.

Gegenteilige Empfindungen in der Bevölkerung lassen sich u.a. dadurch erklären, dass jenen Waren, die häufig gekauft werden, wie etwa Treibstoffe, Obst oder Gemüse, größeres Gewicht beigemessen werden und dass gerade hier nicht eurobedingte Preiserhöhungen stattgefunden haben, die allerdings psychologisch der Euro-Einführung zugerechnet werden. Dazu kam, dass

¹ Gemäß § 19 Abs. 5 EWAG hat der vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit vorzulegende dritte Bericht der Euro-Preiskommission an den Nationalrat den Zeitraum ab 1. Februar 2001 bis 30. Juni 2002 abzudecken. Da der zweite Bericht (abrufbar unter www.bmwa.gv.at) generell den Zeitraum ab 1. Oktober 2001 bis 8. März 2002 (Redaktionsschluss) erfasst, behandelt der vorliegende Bericht somit den Zeitraum ab März 2002.

² VPI im Juli 2002: 1,6%

³ HVPI der EU-12 im Juli 2002: 1,9%

⁴ HVPI für Österreich im Juli 2002: 1,5%

Dienstleistungsbranchen, insbesondere Teile der Gastronomie ihre Preisstellung auch im Berichtszeitraum erhöht haben.

Diese Einschätzung weicht aber von dem Gesamtbild ab, dass durch die objektive Preisstatistik gezeichnet wird.

- **Doppelte Währungsangabe**

Die doppelte Währungsangabe wurde und wird nunmehr auch freiwillig - nicht zuletzt aufgrund der intensiven Vorbereitungen der österreichischen Wirtschaft – überwiegend problemlos durchgeführt. Bis Ende Februar 2002 wurden 67 Organstrafverfügungen und 49 Anzeigen erstattet. Im übrigen konnte mittels Belehrungen und Abmahnungen der rechtskonforme Zustand hergestellt werden.

- **Preisbeobachtung – Untersuchung der Schwellenpreise**

Als unterstützende Maßnahme zur Sicherung der Preisstabilität wurden mehrere methodisch unterschiedliche Preisbeobachtungen bei jeweils unterschiedlichen Waren und Dienstleistungen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit in Auftrag gegeben.

Das mittels sog. Mystery Shopping (empirica Delasasse) durchgeführte Preismonitoring bestimmter Waren und Dienstleistungen bei konkreten Unternehmen wurde im März 2002 mit der dritten Beobachtung abgeschlossen.

Das Euro-Preisbarometer (ACNielsen) zeigt den Verlauf der wöchentlichen Preisveränderungen von August 2001 bis Ende Juni 2002.

Darüber hinaus bietet eine aktuelle Untersuchung der wichtigsten Schwellenpreise im Lebensmittelhandel wesentliche Informationen über die Entwicklung einzelner Konsumentenpreise im Zuge der Euro-Einführung und damit einen zusätzlichen Maßstab für die Beurteilung durch die Euro-Preiskommission.

Die Ergebnisse der Untersuchungen werden auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit veröffentlicht.

Die Euro-Preiskommission selbst wird ihre Prüfungs- und Beratungstätigkeit bis zum Ende des Jahres 2002 fortsetzen.

- **Beschwerden**

Aufgrund der engen Zusammenarbeit im sogenannten „Leobener Kooperationsmodell“ der Preisbehörden in den Ländern, der Arbeiter- und Wirtschaftskammern, des Bundesministeriums für Justiz, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und den Euro-Hotlines bei der Bearbeitung von Beschwerden rasch und unbürokratisch in direktem Kontakt mit den Unternehmen Missstände und Missverständnisse bereinigt werden.

Lediglich rund **172** Beschwerden mussten von der Euro-Preiskommission genauer untersucht werden.

Im allgemeinen sind seit März 2002 Beschwerden über Preiserhöhungen stark zurückgegangen. Waren ursprünglich vor allem die Preise von Lebensmitteln und Drogeriewaren im Blickfeld der Öffentlichkeit, so wird nunmehr insbesondere die Preisentwicklung bei Speisen und Getränken in Restaurants und Cafés, bei Automaten und kleinen Dienstleistungsbetrieben kritisch betrachtet.

Die Europreiskommission und die Prüfungsgruppe werden ihre Arbeit bis zum Ende der Geltungsdauer des EWAG, das ist der 31.12. 2002, fortführen. Nach Meinung der Europreiskommission erwiesen sich – wie bereits anlässlich des 2. Berichts erkennbar - die durch das EWAG geschaffenen Rahmenbedingungen als gut geeignet, die Euro-Einführung in Österreich gelingen zu lassen.

2 Themenschwerpunkte und Beschlüsse der Euro-Preiskommission (ab März 2002)

2.1 Beschwerden

2.1.1 Euro-Preise und Verlagsprodukte

Die Euro-Preiskommission hatte aufgrund von Beschwerden, dass die österreichischen Buchpreise teilweise mehr als den österreichischen Umsatzsteuersatz über den deutschen Buchpreisen liegen, die Branche in ihrer Sitzung am **10. Jänner 2002** ersucht, die Berechnung der österreichischen Verkaufspreise (Bruttopreise) Euro-Cent-genau vorzunehmen.

Trotz dieser Aufforderung wurde seitens der Branchenvertreter mitgeteilt, dass einige Importeure weiterhin bei der Festlegung des österreichischen Verkaufspreises auf die nächsten vollen 10 Cent aufrunden. Auch wenn die Preisentwicklung im Jahr 2002 im Vergleich zum Jahr 2001 insgesamt eine Senkung der Buchpreise zeigt, so konnte bezüglich der Vorgangsweise, wie die österreichischen Euro-Preise der Bücher berechnet werden, der Verdacht, dass die durchgehende Aufrundung auf volle 10 Cent allein aufgrund der Euro-Einführung erfolge, allerdings nicht ausgeräumt werden.

Die Branchenvertreter wurden daher nochmals am **18. Februar 2002** vor der Prüfungsgruppe zu dieser Frage gehört. Neben der Möglichkeit Euro-Cent-genauer Berechnung wurde auch die Frage nach einer aufkommensneutralen Vorgangsweise angesprochen, nämlich den auf Basis des vom Verleger festgesetzten oder empfohlenen Nettopreises (Mindestpreis) zu berechnenden österreichischen Bruttopreis kaufmännisch auf volle 10 Cent auf- bzw. abzurunden. Fraglich erschien, ob eine derartige Vorgangsweise mit den Bestimmungen des Buchpreisbindungsgesetzes (§ 3 Abs. 2) vereinbar ist. Dadurch kommt es nämlich im Falle der Abrundung zu einem geringfügigen Unterschreiten des im Erzeugerland festgesetzten Nettopreises.

Mit dieser Fragestellung wurde daher das für die Vollziehung des Buchpreisbindungsgesetzes zuständige Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst befasst.

In einer neuerlichen Sitzung der Prüfungsgruppe am **25. März 2002** mit Branchenvertretern führte der Vertreter des Bundeskanzleramtes aus, dass das Unterschreiten des vom Verleger festgesetzten oder empfohlenen Nettopreises dem Importeur ausschließlich bei Erzielung von Handelsvorteilen (§ 3 Abs. 3 Buchpreisbindungsgesetz) erlaubt ist. Auch die kaufmännische Abrundung steht somit in Widerspruch zu § 3 Abs. 2 leg.cit. Handlungen gegen § 3 Abs. 2 leg.cit. sind allerdings nur insofern sanktioniert, als sie als sittenwidrige Handlung iSd § 1 UWG anzusehen sind. Es muss demnach im Einzelfall beurteilt werden, ob eine Unterschreitung des Mindestpreises geeignet ist, die Wettbewerbsposition des

Importeurs auf Kosten der Mitbewerber zu fördern bzw. ihm einen Vorsprung vor den gesetzestreuen Mitbewerbern zu verschaffen. Letztlich bleibt die Auslegung des § 1 UWG den dafür zuständigen Zivilgerichten überlassen.

Die Euro-Preiskommission stellte nach eingehender Diskussion am **4. April 2002** fest, dass die Festsetzung des österreichischen Bruttoverkaufspreises von Büchern durch den Importeur mittels kaufmännischer Abrundung auf volle 10 Cent in Widerspruch zu § 3 Abs. 2 Buchpreisbindungsgesetz steht. Handlungen gegen § 3 Abs. 2 leg.cit. sind allerdings nur insofern sanktioniert, als sie als sittenwidrige Handlung iSd § 1 UWG anzusehen sind. Wird daher bei der Preisfestsetzung so vorgegangen, dass sowohl kaufmännisch auf volle 10 Cent abgerundet als auch kaufmännisch auf volle 10 Cent aufgerundet wird, wird darin kein sittenwidriges Handeln iSd § 1 UWG gesehen. Die Unterschreitung des vom Verleger festgesetzten oder empfohlenen Nettopreises erscheint diesfalls der Euro-Preiskommission nicht geeignet, die Wettbewerbsposition des Importeurs auf Kosten der Mitbewerber zu fördern bzw. ihm einen Vorsprung vor den gesetzestreuen Mitbewerbern zu verschaffen. Die Euro-Preiskommission ersucht die Branchenvertreter, die österreichischen Importeure über diesen Beschluss in Kenntnis zu setzen und ihnen diese Vorgangsweise bei der Festsetzung der Buchpreise zu empfehlen. Abschließend wird festgehalten, dass die Rechte und Pflichten des Importeurs aufgrund des Buchpreisbindungsgesetzes unberührt bleiben.

2.1.2 Überweisungsgebühren bei grenzüberschreitenden Zahlungen

Eine Beschwerde betreffend Gebühren für grenzüberschreitende Überweisungen (im Euroraum) gab den Anstoß, die Rolle der Banken bei der Euro-Umstellung im allgemeinen und die Entwicklung der Überweisungsgebühren im Zuge der Einführung des Euro im besonderen näher zu betrachten.

Es wurde daher ein Vertreter der Banken, Dr. Rudorfer, Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Banken, und ein Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen, Banken, Mag. Reitböck in die Sitzung der Euro-Preiskommission am **10. Juni 2002** eingeladen.

Zu den Behauptungen, dass Spesen für Auslandsüberweisungen im Zuge der Einführung des Euro erhöht wurden, führte Dr. Rudorfer aus, dass Preise nicht nur nicht erhöht, sondern bereits seit 1999 je nach Institut und Produkt kontinuierlich gesenkt wurden. Allfällige Irritationen bei Kunden in Einzelfällen, sind insbesondere auf den Vergleich unterschiedlicher Produkte (Scheck/normale Überweisung) zurückzuführen, wobei Auslandsüberweisungen per Scheck am teuersten sind.

Konkret führen Auslandsüberweisungen zu einem anderen, von der Einführung des Euro im wesentlichen unabhängigen, Aufwand als Inlandsüberweisungen, wie z.B. aufgrund der kostenintensiven, obligatorischen Wartung des Meldesystems. Weiters ist das österreichische System der Auslandsüberweisungen mit anderen Systemen (z.B. BRD, Pt) nicht kompatibel.

Überdies gelten gemäß der im Dezember 2001 beschlossenen, unmittelbar in Österreich anwendbaren Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 vom 19.12.2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro künftig folgende Regelungen:

Ab dem 1. Juli 2002 dürfen Kreditinstitute (bzw. sämtliche anderen natürlichen oder juristischen Personen, die gewerbsmäßig grenzüberschreitende Zahlungen ausführen) für grenzüberschreitende elektronische Zahlungsvorgänge (d.h. insbesondere Bankomatbehebungen) in Euro bis zu einem Betrag von 12.500 Euro lediglich die gleichen Gebühren einheben wie für entsprechende inländische Zahlungsvorgänge in Euro.

Spätestens ab dem 1. Juli 2003 dürfen auch für grenzüberschreitende Überweisungen in Euro bis zu einem Betrag von 12.500 Euro nur die gleichen Gebühren wie für entsprechende Inlandsüberweisungen in Euro eingehoben werden.

Der Betrag von 12.500 Euro wird ab dem 1. Jänner 2006 auf 50.000 Euro hinaufgesetzt.

Die Kreditinstitute haben ihre Kunden schriftlich über die Gebühren sowie vor deren Inkrafttreten auch über jede Gebührenänderung für grenzüberschreitende Zahlungen sowie für Inlandszahlungen zu informieren.

Unabhängig von den Bemühungen, die Gebühren der Banken im allgemeinen zu senken, darf aber nicht übersehen werden, dass die Euro-Umstellung für die österreichische Kreditwirtschaft eine besondere Herausforderung darstellte. Sie umfasste die Vorbereitungen auf die Währungsumstellung und die Euro-Fähigkeit im Bereich des Kapitalmarktes und des unbaren Zahlungsverkehrs sowie die organisatorische und rechtliche Umstellung zum 1. Jänner 1999 als auch die Euro-Bargeldeinführung zum 1. Jänner 2002 mit der Vorverteilung ab 1. September 2001 und der 2-monatigen Doppelgeldphase.

Diese Aufgabe erforderte gerade im Bereich des Personals besondere Anstrengungen. So waren mehr als 3.000 Bankmitarbeiter von Februar 2000 bis März 2002 mit dem Schwerpunktthema Euro beschäftigt. Ca. 10.000 Mitarbeiter waren allein mit Umstellungsarbeiten zum Jahreswechsel (nach dem Arbeitstag 31.12.) beschäftigt, um die nötigen Tests, die Umstellung der Geldausgabeautomaten, die Kontenumstellung und den Jahresabschluss durchzuführen.

Um den Kunden etwa für den Verkauf der Startpakete und den Tausch Schilling/Euro ausreichendes Service bieten zu können, waren im Vertrieb zusätzliche Mitarbeiter von Mitte Dezember 2001 bis Mitte Jänner 2002 eingesetzt. Das waren bis zu 10 % oder 7.000 zusätzliche Mitarbeiter.

Die Banken hatten auch einen wesentlichen Teil der Euro-Vorverteilung – insgesamt wurden 6.200 Tonnen Bargeld über Banken verteilt – zu tragen.

Ein großer Teil der Information wurde, den Kundenerwartungen entsprechend, über die Banken abgewickelt.

Diese nur auszugsweise angeführten Aktivitäten führten zu Kosten von insgesamt ca. 600 Mio. Euro.

Die Euro-Preiskommission nahm diese Ausführungen und das Bemühen, Inlands- und Auslandsgebühren einander anzugleichen und insgesamt zu senken, einstimmig zur Kenntnis.

2.1.3 Manipulation von Automaten mit thailändischen Baht-Münzen

Die Geschäftsstelle der Euro-Preiskommission wurde seitens der AK Salzburg über einige Fälle der Manipulation von Automaten mit thailändischen Baht-Münzen in Kenntnis gesetzt. Überdies wurde eine schriftliche parlamentarische Anfrage, der dieses Problem zugrunde liegt, an den Bundesminister für Finanzen und den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit gerichtet.

Aus diesem Grunde wurde Dr. Chlapek als Sachverständiger der Münze Österreich AG in die Sitzung der Euro-Preiskommission am **4. April 2002** eingeladen.

Dr. Chlapek erläuterte, dass die 1- und 2-Euro-Münzen ein besonderes – gerade von der Automatenindustrie gewünschtes - Sicherheitsmerkmal, nämlich ein sog. magnetisches Moment aufweisen, wodurch moderne Automaten nicht, beispielsweise mit Baht-Münzen, manipuliert werden können.

Da es sich bislang um vereinzelte Fälle der Manipulation bei Automaten älterer Bauart handelt und zweckdienliche Maßnahmen nur von den Automatenherstellern und –betreibern gesetzt werden können und – wohl auch in deren Interesse – verstärkt gesetzt werden ist damit zu rechnen, dass diese Problematik zunehmend an Bedeutung verlieren wird.

Den Mitgliedern der Euro-Preiskommission erschien es daher nicht erforderlich, weitere Maßnahmen zu empfehlen.

2.2 Psychologische Wahrnehmung der Preise – „gefühlte“ Inflation⁵

Europaweit ist feststellbar, dass die Konsumenten – trotz gegenteiliger Inflationsdaten – der Ansicht sind, die Preise sind aufgrund der Einführung des Euro wesentlich gestiegen.

So lag nach Angaben des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft die „gefühlte Inflation“ in Deutschland im Mai 2002 bei 4,8 %, während die offizielle Inflationsrate in den ersten drei Monaten bei durchschnittlich 1,9 % lag⁶.

Auch in Österreich wird die Teuerung von vielen Konsumenten⁷ wesentlich größer empfunden als sie tatsächlich ist bzw. in jedem Fall dem Euro zugeschrieben.

Zur Erörterung dieses in der Bevölkerung verbreiteten Gefühls enormer, mit der realen Entwicklung nicht übereinstimmenden Preissteigerungen wurde Frau Dr. Meier-Pesti, Institut für Psychologie der Universität Wien, in die Sitzung der Euro-Preiskommission am **17. Juni 2002** eingeladen.

Eingangs erläuterte sie, dass zwischen objektivem Wissen (Wissen, dass Personen tatsächlich haben) und subjektivem Wissen (Wissen, dass Personen glauben zu haben) unterschieden werden muss.

Gerade im Rahmen dieser Diskussion spielt das subjektive Wissen eine wesentliche Rolle. Selbst wenn nur ein Produkt von hundert Produkten teurer geworden ist, so ist diese Erfahrung Grundlage für die Behauptung „alles ist teurer geworden“. Unterstützt wird diese Meinungsbildung durch die mediale Berichterstattung, die - bereits im Vorfeld der Währungsumstellung – dem Euro das Image des „Teuro“ verliehen hat. Preiserhöhungen werden in wesentlich größerem Maße als Preissenkungen wahrgenommen.

Hier kann von einer selbsterfüllenden Prophezeiung gesprochen werden, denn die Erwartung, dass der Euro zu Preiserhöhungen führen würde, wurde rein subjektiv bestätigt.

⁵ siehe auch Kapitel 4.4. Subjektive Inflationswahrnehmung und tatsächliche Inflation

⁶ Der Standard, 1./2. Juni 2002

⁷ Unterschiedliche Umfragen:

- Standard Eurobarometer der Europäischen Kommission – European Opinion Research Group (Frühjahr 2002): 68,5 % der Europäer glauben es wurde aufgerundet, 41,2 % der Österreicher sind dieser Ansicht, siehe Anhang 3;
- Flash Eurobarometer der Europäischen Kommission – Gallup Europe (Mai 2002): 77 % der Österreicher sind der Ansicht, das Leben wurde teurer
- Euro-Einführungs-Begleitforschung – Wirtschaftsuniversität Wien: rund zwei Drittel der Österreicher sind der Ansicht, der Euro wirkte preistreibend

Die in regelmäßigen Abständen jährlich durchgeführten Preiserhöhungen (z.B. aufgrund von Lohnsteigerungen, Rohstoffverteuerungen) werden jetzt gegenüber früher viel häufiger wahrgenommen und psychologisch dem Euro zugeordnet.

Dennoch kann Österreich im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten der Eurozone relativ gute Daten aufweisen:

Laut Umfrage von Gallup Europe im Rahmen des Flash Eurobarometer im Jänner 2002 verspürten in Österreich lediglich 54,1 % der Befragten das Gefühl, dass häufiger auf- als abgerundet wurde, während dies in Deutschland 76,3 % waren. Allerdings hat dieses Gefühl, dass die Preise erhöht wurden, unterdessen in der gesamten Eurozone zugenommen. Waren im Jänner 67,3 % der Befragten dieser Ansicht, so sind dies im Mai 2002 83 %. Auch in Österreich stieg der Wert auf 77 %, in Deutschland sogar auf 87 %. Lediglich Portugal (65 %), Finnland (66 %) und Belgien (72 %) weisen geringere Werte auf.

Jüngsten Daten des Standard Eurobarometer der Europäischen Kommission zufolge, vermuten 68,5 % der Europäer Preiserhöhungen, während dies in Österreich lediglich 41,2 % der Befragten sind. Dies ist der niedrigste Wert innerhalb Europas. Aufgeschlüsselt nach Branchen werden die häufigsten Preiserhöhungen bei Dienstleistungen, Restaurants und Cafes und bei Produkten aus Automaten vermutet, während sich bei der Beurteilung von Supermärkten sowohl Preiserhöhungen als auch Preissenkungen die Waage halten.

Die einander auf den ersten Blick widersprechenden Aussagen, die Preise wurden eurobedingt angehoben, einerseits und es werde nicht mehr Geld ausgegeben als früher, andererseits lassen sich durch zunehmende Kaufzurückhaltung erklären. So sind bei den großen Lebensmittelketten Umsatzrückgänge zu bemerken, bei den Diskontern, wie zB Hofer oder Lidl hingegen nicht.

Dr. Meier-Pesti untermauerte diese Vermutung, dass der Wert der Münzen noch nicht abgeschätzt werden kann bzw. unterschätzt wird, insofern, als nach einer Umfrage beim Schätzen von Preisen, 1 Cent und 2 Cent im allgemeinen keine Bedeutung zugemessen wird.

Zusammenfassend konnte festgehalten werden, dass europaweit viele Bürger nach der Euro-Einführung Preiserhöhungen verspüren, wobei die Österreicher vergleichsweise relativ zufrieden mit der Preisentwicklung sind. Ursachen für diese sog. „gefühlte Inflation“ können in subjektiv bestätigten Befürchtungen, der Euro werde zu Preissteigerungen führen, und in der mangelnden Gewöhnung an die Euro- und Euro-Cent-Münzen gesehen werden. Positiver Effekt ist, dass diese Diskussion um den Einfluss des Euro auf die Preise zu bewussterem Kaufverhalten der Konsumenten führt und damit der Wettbewerb angeregt wird.

3 Beschwerdebearbeitung: Leobener Kooperationsmodell – Prüfungsgruppe der Euro-Preiskommission

3.1 Leobener Kooperationsmodell – Berichte aus den Bundesländern

Die enge Zusammenarbeit bei der Bearbeitung der Beschwerden zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, dem Bundesministerium für Justiz, den Preisbehörden in den Ländern, den Arbeiter- und Wirtschaftskammern in den Ländern und Euro-Hotlines, das sog. „Leobener Kooperationsmodell“, hat sich bewährt.

Allfällige Missstände konnten in den meisten Fällen schnell in direktem Kontakt mit den betroffenen Unternehmen bereinigt werden.

Von ca. **1946** Beschwerden⁸ betreffend Preiserhöhungen, falsche bzw. fehlende Preisauszeichnung, Umrechnungsfehler, Groschenausgleich, Nichtannahme des Schilling sowie Verrechnung von Gebühren beim Umtausch von Schilling in Euro mussten nur **172** Beschwerden⁹ konkret in der Prüfungsgruppe behandelt werden. Davon konnten bereits **165** Beschwerden in der Prüfungsgruppe abschließend behandelt werden (siehe auch unten Kapitel 3.2 Prüfungsgruppe, Seite 13).

Übersicht über die dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bekannten Beschwerden¹⁰

Beschwerdestelle	Preiserhöhungen	falsche/ fehlende PrA	Umrechnung	Aufrundung	Packungs- größe	Sonstiges	Gesamt
BMWA	258	16	12	4	6	49	345
Preisbehörden in den Ländern	382	161	36			4	583
BMJ	211	1		1		11	224
AK Wien	143	55	22	2		11	233
AK OÖ	28						28
AK Stmk	282	19					301
VKI	369	8	1	2	2	45	427
WKÖ-Hotline	75	10	1		2	1	89
Europatelefon	26	4	1				31
Gesamt	1774	274	73	9	10	121	2261
in der Euro-Preiskommission behandelte Beschwerden	150	22					172
Gesamt	1924	296	73	9	10	121	2433

⁸ Nicht berücksichtigt werden Mehrfachnennungen und zu wenig konkretisierte Beschwerden.

⁹ siehe FN 1

¹⁰ Die Übersicht erfasst sämtliche bis zum 10. September 2002 (Redaktionsschluss) der Geschäftsstelle der Euro-Preiskommission bekannt gewordenen Beschwerden.

Aktueller Trend der Beschwerden

Im allgemeinen sind seit März 2002 Beschwerden über Preiserhöhungen stark zurückgegangen. Jeweils in Folge den Euro als „Teuro“ darstellender Berichterstattung in den Medien ist allerdings kurzfristig eine Zunahme von Beschwerden zu beobachten.

Waren ursprünglich vor allem die Preise von Lebensmitteln und Drogeriewaren im Blickfeld der Öffentlichkeit, so wird nunmehr insbesondere die Preisentwicklung bei Speisen und Getränken in Restaurants und Cafés, bei Automaten und kleinen Dienstleistungsbetrieben kritisch betrachtet.

Berichte aus den Bundesländern

Auch die Preisbehördentagung 2002 stand nochmals im Zeichen des Euro. Die Vertreter der Preisbehörden und der Arbeiter- und Wirtschaftskammern waren sich einig, dass die Zusammenarbeit bei der Bearbeitung der Beschwerden äußerst gut funktioniert hat und die Beschwerden überwiegend bereits auf Länderebene eine befriedigende Lösung gefunden haben.

Hinsichtlich der Einhaltung der Vorgaben des Euro-Währungsangabengesetzes betreffend die doppelte Währungsangabe wurde den Unternehmen ein weitgehend positives Zeugnis ausgestellt. Insbesondere wurde darauf verwiesen, dass zahlreiche Unternehmen auch nach Ende der Pflicht zur doppelten Währungsangabe freiwillig die Preise in Schilling und in Euro auszeichnen.

Anfänglich hat es allerdings Schwierigkeiten mit der Anordnung der Preise (Schilling links bzw. oben, Euro rechts bzw. unten) gegeben. Diese Problem wurde schließlich im Rahmen der Euro-Preiskommission gelöst. Auch bei der Umrechnung sind einige Fehler unterlaufen. Auch fehlte gelegentlich der Aushang der von der Wirtschaftskammer erarbeiteten Umrechnungstabellen. Strafverfahren mussten nur als äußerstes Mittel eingeleitet werden. Der gesetzmäßige Zustand konnte überwiegend durch bloße Belehrungen und Abmahnungen hergestellt werden. Dies kann als Ausdruck dafür verstanden werden, dass sich die öffentliche Verwaltung zunehmend zu einem Dienstleister entwickelt.

Auch bei den Beschwerden betreffend Preiserhöhungen zeigt sich in den Bundesländern ein ähnliches Bild. Als Beschwerdefelder werden insbesondere der Lebensmittelhandel, die Gastronomie, Dienstleistungsbetriebe (z.B. Friseure, Putzereien, Solarien), Automatenbetreiber und die öffentliche Hand genannt. Insbesondere bei Lebensmitteln und Drogeriewaren wurden vielfach Packungsgrößenänderungen bei gleichbleibendem Preis beobachtet. Anfang des Jahres beschäftigten auch die Banken die Hotlines, da vereinzelt Gebühren für den Umtausch von Schilling in Euro verrechnet wurden.

Es konnte festgestellt werden, dass viele Preiserhöhungen, die von den Verbrauchern auf die Einführung des Euro zurückgeführt wurden, sich im Rahmen der branchenüblichen Preisentwicklung bewegten, betriebswirtschaftlich begründet werden konnten oder Aktionspreise mit Kurantpreisen verglichen wurden. Insbesondere gelangten auch Billiganbieter ins Visier der Konsumenten.

Generell wurde beobachtet, dass die Preissensibilität aufgrund der Euro-Einführung wesentlich gestiegen ist. Ein Grund könnte in der mangelnden Entwicklung eines Gefühls für den Wert des Euro liegen.

Aufstellung der von Oktober 2001 bis Februar 2002 erstatteten Belehrungen, Abmahnungen, Organstrafverfügungen, Anzeigen bei einer Gesamtzahl von 28.732 kontrollierten Betrieben (Quelle: Monatsberichte der Preisbehörden in den Ländern)

Art der getroffenen Maßnahmen	EWAG	PrAG
Belehrungen/Abmahnungen	4.686	1.545
Organstrafverfügungen	67	216
Anzeigen	49	52

3.2 Prüfungsgruppe

Eine der Aufgaben der Euro-Preiskommission ist es, den jeweiligen Bundesminister bei Beschwerden aus der Bevölkerung zu beraten und allenfalls notwendige Maßnahmen zur Beseitigung von Missständen zu empfehlen. Können im Rahmen der unter 3.1 beschriebenen Zusammenarbeit bei der Beschwerdebearbeitung Fragen einer Preiserhöhung aus Anlass der Währungsumstellung oder Probleme bei der doppelten Währungsangabe (fehlende oder mangelhafte doppelte Währungsangabe) nicht abschließend geklärt werden, so wurden und werden diese Beschwerden der Euro-Preiskommission zur weiteren Prüfung vorgelegt.

Um diese konkreten Beschwerden effizient prüfen zu können, wurde bereits im September 2001 eine aus Mitgliedern der Euro-Preiskommission bestehende Unterarbeitsgruppe als gesonderte Prüfungsgruppe eingerichtet. Sie unterzieht die ihr vorgelegten Beschwerden einer genauen Untersuchung.

Seit Ende September 2001 ist die Prüfungsgruppe **28** Mal zusammengetreten. Sie hat bislang **172** Beschwerden behandelt. Von diesen Beschwerden betreffen **22** Beschwerden Fragen der Preisauszeichnung. Diese Fälle wurden an die jeweils zuständigen Preisbehörden in den Ländern zur weiteren Veranlassung übermittelt.

Von den verbleibenden **150** Beschwerden wurden zehn Beschwerden mangels Bestimmtheit, vier Beschwerden aufgrund Geringfügigkeit und zehn Beschwerden mangels Zuständigkeit (hoheitlicher Bereich) aus der Evidenz genommen. Werden Mehrfachnennungen nicht berücksichtigt, so verbleiben **98** Beschwerden betreffend Preiserhöhungen, die in der Prüfungsgruppe im einzelnen untersucht wurden. Es verbleiben **7** Beschwerdefälle, die noch nicht abschließend erledigt wurden.

Detailaufschlüsselung der bei der Euro-Preiskommission behandelten Beschwerden
Gesamt: 172 Beschwerden
Preisauszeichnung: 22,
davon: Mehrfachnennung: zwei
Preiserhöhungen: 150,
davon: Mehrfachnennung: 28; unpräzise: 10; geringfügig: 4; Parkgebühren und öffentliche Abgaben: 10; von den verbleibenden 98 Beschwerden wurden bis Redaktionsschluss 91 erledigt (d.h. gerechtfertigte Preiserhöhungen; Preisreduktionen, Kundeninformationen); offen sind 7 Beschwerden

4 Preismonitoring des WIFO - Preisentwicklung und die Einführung des Euro als Bargeld¹¹

4.1 Zusammenfassung

4.1.1 Teuerung klingt ab

In den letzten Monaten beruhigte sich das Preisklima, nachdem die Inflation zu Beginn des Jahres als Folge witterungsbedingter Verknappung bei Gemüse und Obst Spitzenwerte erreicht hatte. In Österreich betrug die Teuerungsrate im Juni 2002 laut Verbraucherpreisindex 1,7%¹², nach 2,1% im Jänner 2002. Auch im Euro-Währungsgebiet ließ die Inflation nach: Im Juni 2002 wurde eine Jahresveränderungsrate von nur mehr 1,8%¹³ ausgewiesen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Österreich lag mit 1,5% weiterhin unter dem Durchschnitt für die Währungsunion¹⁴.

Das Abflauen der Teuerung entspricht im Großen und Ganzen jener Entwicklung, die auf Grund des Verlaufes der wichtigsten Bestimmungsgründe der Konsumentenpreise erwartet werden konnte. Mit dem Abklingen der Effekte des Ölpreisanstieges und der Auswirkungen der Tierseuchen außerhalb Österreichs, welche die Preisentwicklung seit mehr als zwei Jahren bestimmen, sinkt die Teuerungsrate in vielen EU-Ländern unter die Marke von 2%.

Von einem Preisschub auf breiter Front als Folge der Bargeldumstellung kann weder in Österreich noch in der Euro-Zone gesprochen werden. In einzelnen Bereichen dürfte die Einführung des Euro allerdings zu besonderen Preiserhöhungen genutzt worden sein. Die Schwerpunkte dieser Preiserhöhungen, die in der Gesamtmasse der erfassten Preise nur wenig ausmachen, liegen im Dienstleistungssektor.

4.1.2 Österreich unter den Ländern mit größter Preisstabilität

Laut dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex wies Österreich in den ersten drei Monaten mit einer Rate von 1,8% im Euro-Währungsgebiet die niedrigste Teuerungsrate auf; auch im zweiten Vierteljahr war Österreich im Spitzenfeld zu

¹¹ Stand: Juni-Daten 2002

¹² VPI im Juli 2002: 1,6%

¹³ HVPI der EU-12 im Juli 2002: 1,9%

¹⁴ HVPI für Österreich im Juli 2002: 1,5%

finden, wenn auch einige Länder wie z.B. Deutschland in diesem Zeitraum eine niedrigere Inflationsrate aufwiesen. Die Unterschiede zur Preisentwicklung in Deutschland beziehen sich vorwiegend auf den Dienstleistungssektor und hier hauptsächlich auf Preise, die staatlich geregelt sind (z.B. Erziehung und Unterricht) oder auf Preise von Leistungen, wo eine genaue Umrechnung von Schilling auf Euro die Regel ist.

4.1.3 Keine Teuerungswelle als Folge der Bargeldumstellung in Österreich

Weitere detaillierte Vergleiche mit Deutschland und der Schweiz sowie eine Analyse des zeitlichen Verlaufes einzelner Untergruppen des Verbraucherpreisindex liefern keine Hinweise darauf, dass der Einführung des Euro stärkere preiserhöhende Wirkung zuzuschreiben ist. In einigen Bereichen gibt es jedoch Preiserhöhungen, die mit der Währungsumstellung im Zusammenhang stehen könnten.

Ein Bereich, der in großem Ausmaß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zog, war die Gastronomie. Anders als in Deutschland (und in anderen Ländern der Euro-Zone) wurde der Jahreswechsel 2001/2002 in Österreich nicht dazu genutzt, die Preise hinaufzusetzen. Erst im Juni 2002 traten Preiserhöhungen in Kraft, die als eurobedingte Nachzieheffekte gedeutet werden können.

In anderen Dienstleistungssektoren weicht die Entwicklung in Österreich allerdings nur wenig von jener in der Euro-Zone ab. Relativ stark erhöht wurden die Preise im Friseurgewerbe, für Autoreparaturen sowie für Installationsdienstleistungen, zum Teil schon zur Jahreswende, zum Teil erst in den nachfolgenden Monaten, wenngleich die Jahresveränderungsraten überwiegend unter der Marke von 5% bleiben.

Auch die Preisentwicklung der Industrieerzeugnisse beansprucht besonderes Interesse, entfällt auf diese Gruppe doch rund ein Drittel der Konsumausgaben. Hier lässt sich insgesamt eine stabile Entwicklung beobachten, mit Preissteigerungsraten unter jenen in Deutschland (und in der Euro-Zone). Allerdings ist zuletzt in einigen Bereichen eine leichte Anhebung der Preise zu verzeichnen.

4.1.4 Konsumenten überschätzen Preisauftrieb

Laut Umfragen wurde der Preisauftrieb von den Konsumenten als höher wahrgenommen als er tatsächlich war. In Teilen der Bevölkerung entstand der Eindruck, dass der Anstieg der Inflation, der sich in der Euro-Vorbereitungsphase einstellte, ursächlich mit der Einführung des Euro verknüpft sei. Laut Standard Eurobarometer der Europäischen Kommission glauben 68,5% der Bewohner in der Euro-Zone, dass die Preise nach der Bargeldumstellung in allen Bereichen aufgerundet wurden. Mit einem Wert von 41,2% sind die Österreicher zwar mit der Preisentwicklung relativ zufrieden, aber auch hier stellt sich die Frage, wieso die Einschätzung der Bevölkerung („gefühlte“ Inflation) so stark von dem Bild abweicht, das durch die Preisstatistik gezeichnet wird.

Ein Teil der Erklärung für diese Diskrepanz liegt darin, dass die Verbraucher der Preisentwicklung bei Waren und Dienstleistungen, die sie häufig kaufen bzw. beanspruchen, ein großes Gewicht beimessen; dagegen werden Preise bei Anschaffungen, die nur in größeren Abständen getätigt werden, oder Preise von Leistungen, die routinemäßig beansprucht werden (z.B. Miete) kaum wahrgenommen.

Tatsächlich sind gerade die Preise von Waren, die häufig angeschafft werden, bis zur Jahreswende 2001/2002 und darüber hinaus stark gestiegen: Beispiele hierfür sind Treibstoffe, Obst, Gemüse sowie Fleisch, Milch und Milchprodukte. Andere Waren und Dienstleistungen dagegen verteuerten sich nur geringfügig oder verbilligten sich sogar. Angesichts des Auseinanderklaffens der Preisentwicklung in diesen Bereichen ist es plausibel, dass die Verbraucher die Inflation als gravierender empfanden als sie tatsächlich war.

Die Vermutung, dass vorwiegend die Preisbewegung von häufig getätigten Preisen die Einschätzung der Konsumenten beeinflusst, wird durch eine Untersuchung der Europäischen Zentralbank gestützt. Während in der Regel die von den Verbrauchern „gefühlte“ Inflation weitgehend mit der von der Preisstatistik gemessenen Inflation übereinstimmt, ergeben sich seit Mitte 2002 starke Abweichungen, also etwa seit jenem Zeitpunkt, als die Teuerungswelle bei den gerade angeführten Produkten einsetzte. Da nun aber bei diesen Produkten die Teuerung abklingt, sollten sich in den nächsten Monaten die Abweichungen zwischen der Einschätzung der Konsumenten und der statistisch gemessenen Inflation verringern.

4.2 Preisentwicklung und die Einführung des Euro als Bargeld

4.2.1 Abschwächung des Preisauftriebes in Österreich ...

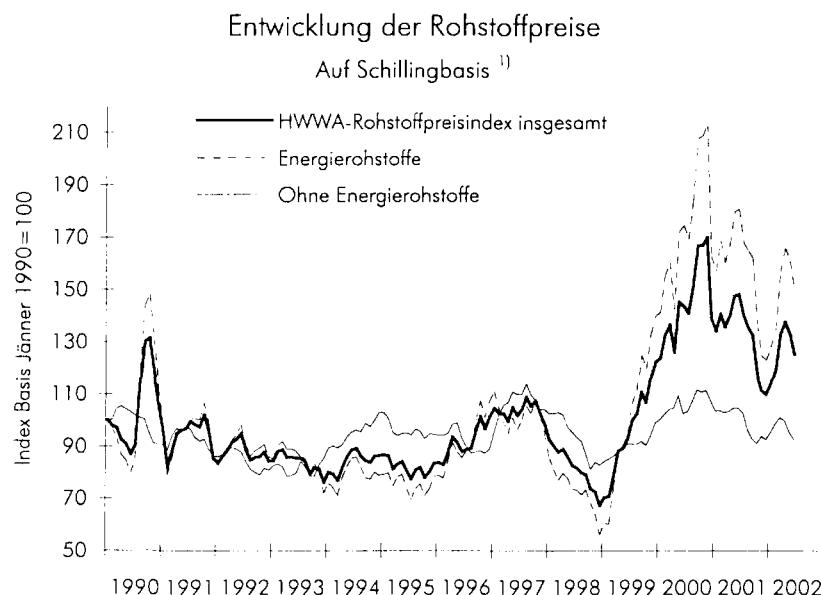
Zu Jahresbeginn war der Abwärtstrends in der Inflation hauptsächlich aufgrund witterungsbedingter Angebotsverknappungen bei Obst und Gemüse unterbrochen worden. Seitdem hat sich das Preisklima wieder beruhigt. Die Teuerung im Vorjahresvergleich, die allgemein als Maßstab für die Inflation gilt, verringerte sich laut nationalem Verbraucherpreisindex von 2,1% im Jänner 2002 auf 1,7% im Juni 2002. Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2002 wurde eine Inflationsrate von 1,8% erreicht.

Ein ähnliches Bild ergibt der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) für Österreich, der Inflationsraten liefert, die mit denen anderer EU-Länder vergleichbar sind. Danach verminderte sich die Teuerungsrate von 2,0% im Jänner 2002 auf 1,5% im Juni 2002.

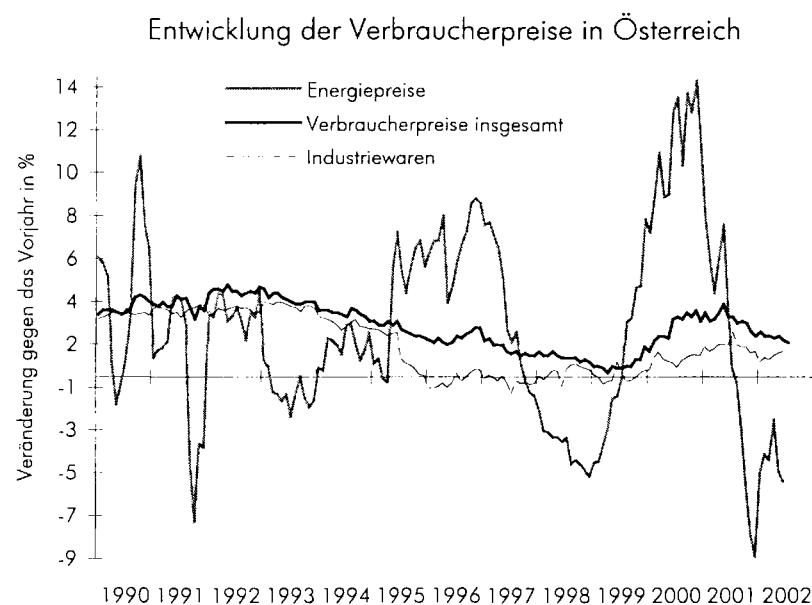
4.2.2 ... und im Euro-Währungsgebiet

Auch im *Euro-Währungsgebiet* ging die Inflation in den letzten Monaten weiter zurück. Während die Teuerungsrate im April 2002 noch 2,4% betrug, wurde im Juni eine Teuerungsrate von nur mehr 1,8% ausgewiesen. Die Verlangsamung des Preisauftriebes ist hauptsächlich auf die niedrigeren Jahresveränderungsraten der Energiepreise und der Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel zurückzuführen.

Während unverarbeitete Nahrungsmittel im April noch um 4,1% teurer waren als im Vorjahresmonat, verringerte sich die Teuerungsrate im Juni auf 1,1%. Fleisch, Geflügel und Fische wurden im Vergleich zum Vorjahr, als eine kräftige Verteuerungswelle einsetzte, in einigen Mitgliedsstaaten bereits billiger angeboten. Auch der Gemüsemarkt, der zur Jahreswende und danach eine starke Angebotsverknappung verzeichnete, entspannte sich wieder.



¹⁾ Ab 1/2002 auf Eurobasis



Die Energiepreise, die im März und April 2002 als Folge der Aufwärtsbewegung der Rohölpreise anstiegen, wiesen im Mai und Juni wieder niedrigere Veränderungsraten auf. Dies geht einerseits auf einen Basiseffekt zurück – der starke Anstieg der Rohölnotierungen von März bis Mai 2001 fiel aus dem Vorjahresvergleich heraus -, andererseits auf das Abbröckeln der Ölpreise im Mai und Juni sowie die jüngste Erholung des Euro-Wechselkurses.

Die Rohölverteuerung sowie die Tierseuchen (BSE und Maul-Klauenseuche) erhöhten nicht nur die Preise von Energieprodukten bzw. von Fleisch sondern auch

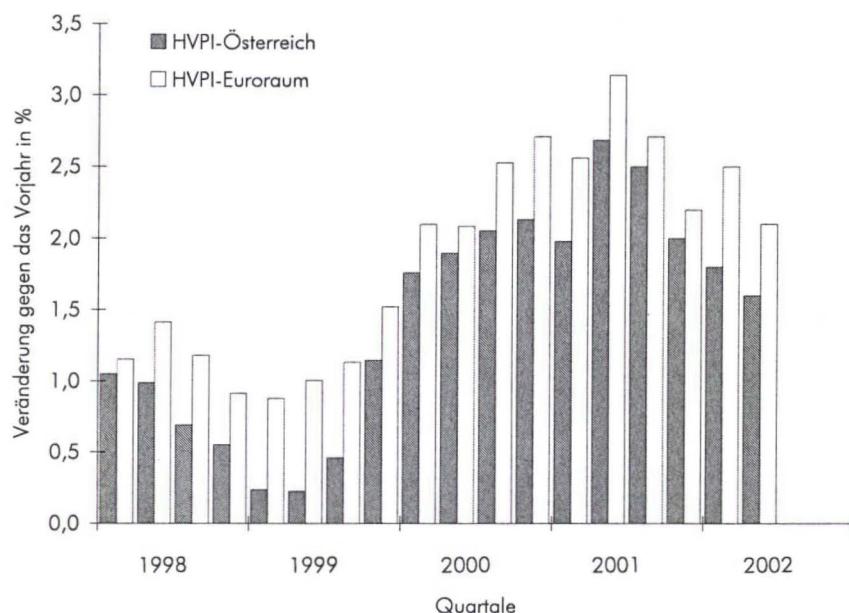
in weiterer Folge von Industrieerzeugnissen bzw. von verarbeiteten Lebensmitteln. Mit dem Auslaufen der indirekten Auswirkungen dieser beiden Schocks verflachte auch der Preisauftrieb bei Industrieerzeugnissen und verarbeiteten Nahrungsmitteln. In diesen beiden wichtigen Verbrauchsgruppen war die Preisentwicklung in den Ländern des Euro-Währungsgebietes allerdings nicht so einheitlich wie bei Energiepreisen und unverarbeiteten Nahrungsmitteln.

Noch größere Unterschiede in der Preisentwicklung in der Euro-Zone ergaben sich bei Dienstleistungspreisen. In diesem Bereich, auf den rund 40% der Konsumausgaben entfallen, treten länderspezifische Unterschiede noch stärker zu Tage; dies gilt insbesondere für Mieten, eine Gruppe, die ebenfalls den Dienstleistungen zugerechnet wird. Im Durchschnitt des Eurowährungsgebietes beschleunigte sich der Preisauftrieb in diesem Bereich in den letzten Monaten. Der Anstieg der Jahresänderungsrate zwischen April und Mai ist vor allem auf die Verteuerung der Pauschalurlaubsreisen zurückzuführen, wobei in einigen Ländern starke saisonale Komponenten eine Rolle spielen. Daneben wiesen auch die Preise in Restaurants und Cafés überdurchschnittliche Preiserhöhungen auf; dies legt den Schluss nahe, dass die Anhebung der Preise teilweise mit der Einführung des Euro-Bargeldes zusammenhängen könnte. Diese Schlussfolgerung gilt laut Europäischer Zentralbank auch für das Friseurgewerbe und für Reinigungsdienste. Allerdings dürften die Auswirkungen der Bargeldumstellung auf die Teuerungsrate der Dienstleistungspreise recht begrenzt und vorübergehender Natur sein (Europäische Zentralbank, Monatsberichte Juli 2002, S. 23).

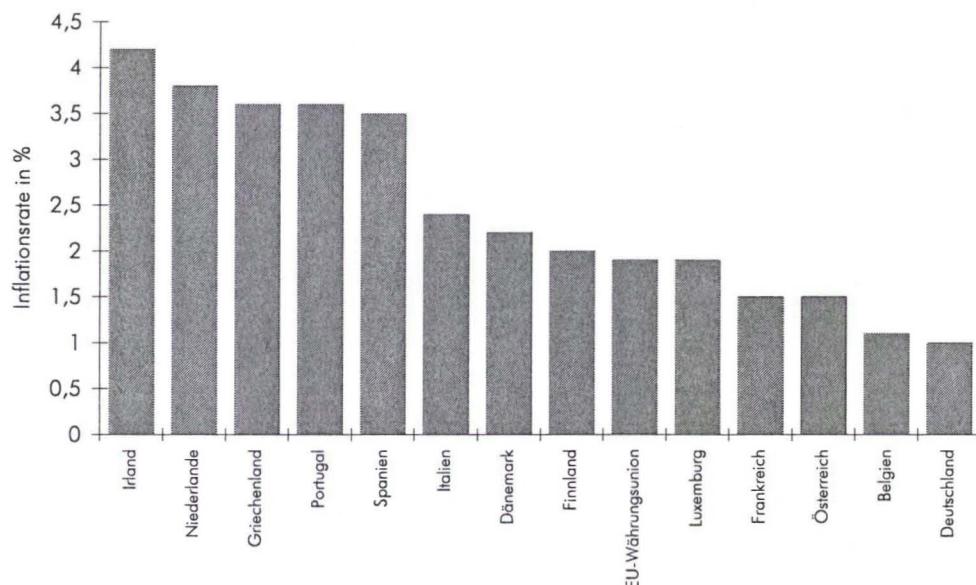
4.2.3 Österreich weiterhin in der Spitzengruppe

Laut HVPI wies Österreich in den ersten drei Monaten des Jahres mit einer Rate von 1,8% im Euro-Währungsgebiet die niedrigste Teuerungsrate auf; im zweiten Quartal blieb Österreich zwar weiterhin unter der Spitzengruppe; einige Länder wie Deutschland und Belgien wiesen jedoch niedrigere Inflationsraten auf.

Verbraucherpreistrends in Österreich und im Euroraum



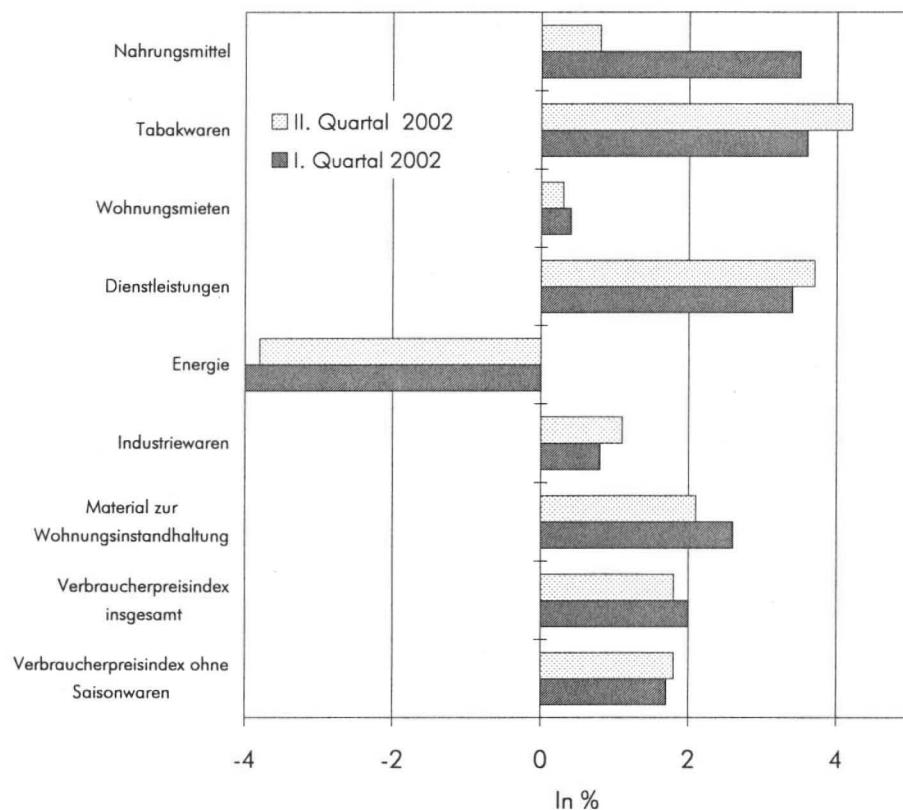
Inflationsrate in den Ländern der Währungsunion im Juli 2002



Ein Vergleich mit Deutschland zeigt, dass die Unterschiede in der Preisentwicklung, die im Juni 2002 ¾ Prozentpunkte betragen, hauptsächlich den Dienstleistungsbereich betreffen: Instandhaltung von Wohnungen, Müllabfuhr, Betriebskosten in Mietwohnungen, medizinische Dienstleistungen, Luftpersonenverkehr, Dienstleistungen im Bereich Erziehung und Unterricht (Universitätsgebühren), Versicherungsleistungen und Pauschalreisen (Städteflüge)

und Flugpauschalreisen einschließlich Hotelarrangements im Ausland). Die Preisentwicklung in diesen Bereichen ist allerdings für die Frage, ob die Einführung des Euro als Bargeld Preisveränderungen ausgelöst hat, nicht oder kaum relevant: Zum Teil handelt es sich um Preise, die staatlich geregelt werden, zum Teil aber um Preise von Leistungen, wo eine genaue Umrechnung die Regel ist. Was Nahrungsmittel, Industrieerzeugnisse, und Preise in der Gastronomie betrifft, bietet der nächste Abschnitt eine detaillierte Aufstellung.

Teuerungsraten in den wichtigsten Verbrauchsgruppen

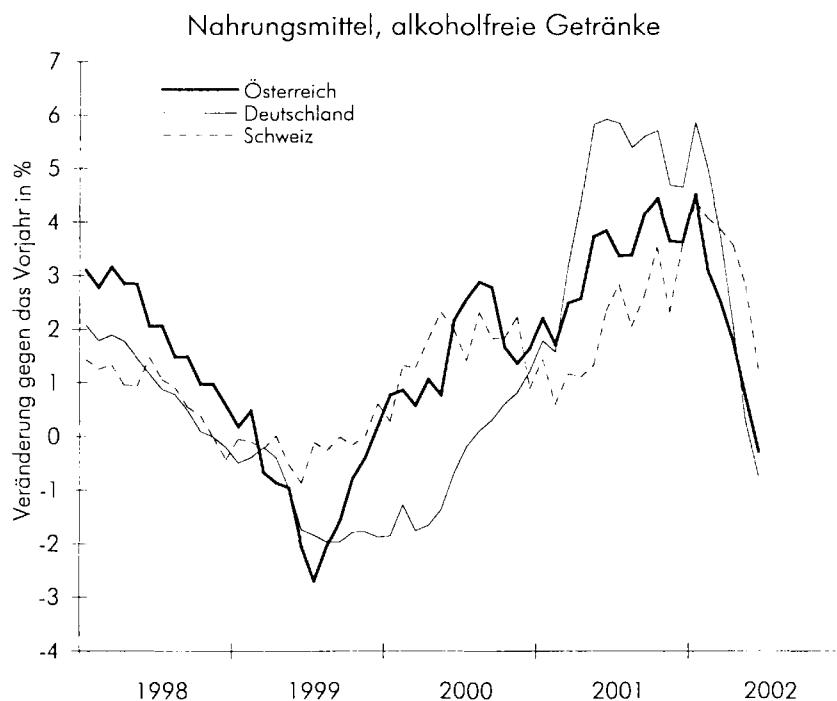


4.3 Vergleich der Preisentwicklung in Österreich mit jener in Deutschland und in der Schweiz für ausgewählte Verbrauchsgruppen

Quellen: Österreich: Harmonisierte Verbraucherpreisindex, Deutschland: Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Schweiz: Landesindex der Konsumentenpreise

4.3.1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke

Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise, der zu Beginn des Jahres 2001 einsetzte, fiel ungewöhnlich kräftig aus und war eine wichtige Komponente des kräftigen Preisauftriebes im vergangenen Jahr. Der Rückgang der Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr trug aber im ersten Halbjahr 2002 erheblich zur Stabilisierung des Preisniveaus bei. Diese Entwicklung verlief in allen EU-Staaten recht ähnlich. Selbst in der Schweiz, die ja als Nicht-EU-Land eine eigene Agrarmarktordnung mit stärkeren Stütz- und Schutzbestimmung hat, ist eine weitgehende Parallelität zu beobachten.

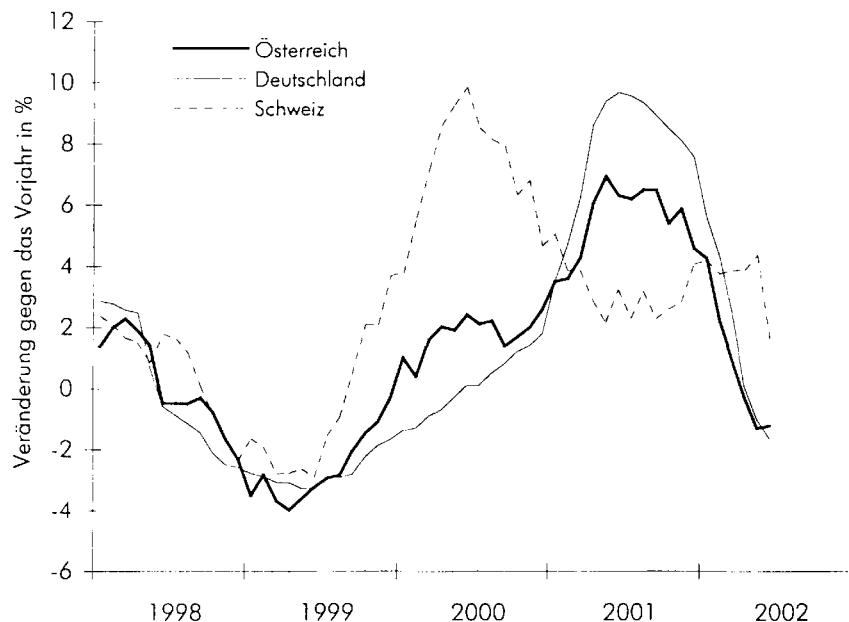


Unter den Nahrungsmittelpreisen sind die Fleischpreise und die Preise von Gemüse und Kartoffeln hervorzuheben. Diese beiden Gruppen bilden gemeinsam mit Obst die Gruppe der *unverarbeiteten Nahrungsmittel*. Die Entwicklung der Preise von

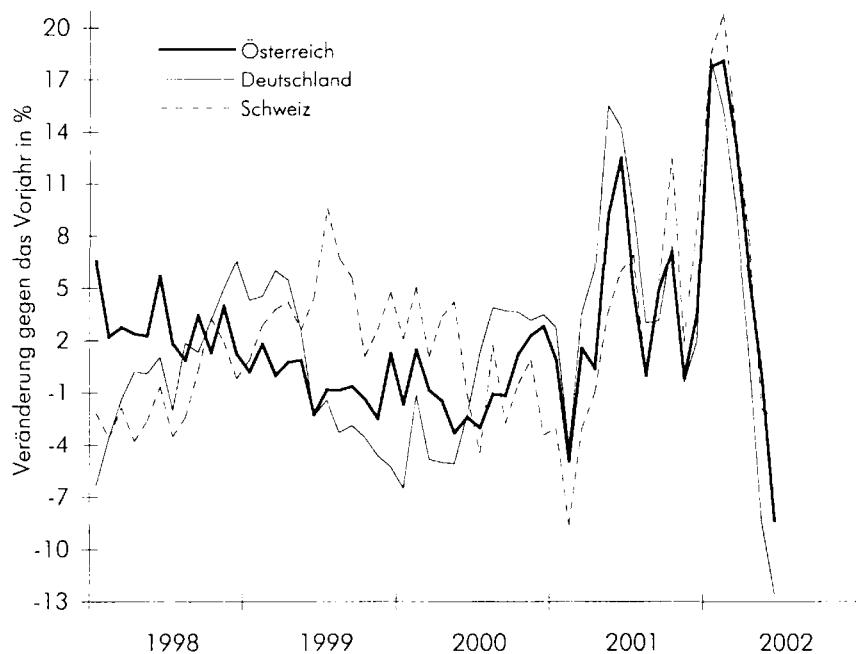
Fleisch und Gemüse spiegelt die vorübergehende Wirkung von Sonderfaktoren wider, die keinen Zusammenhang mit der Euro-Umstellung aufweisen.

Die Angebotsverknappung im Gefolge von BSE und der Maul-Klauenseuche hatte im Jahr 2001 eine kräftige Verteuerung von Fleisch bewirkt. Nun, da die Auswirkungen der Tierseuchen nachlassen, stellt sich ein leichter Abwärtstrend ein. Auch bei den Gemüsepreisen, die Anfang des Jahres 2002 auf Grund ungünstiger Witterungsbedingungen kräftig angezogen hatten, ließ der Preisdruck allmählich nach. Überdies schwächen sich auch die indirekten Auswirkungen dieser Schocks in den *verarbeiteten Nahrungsmitteln* allmählich ab.

Fleisch, Fleischwaren

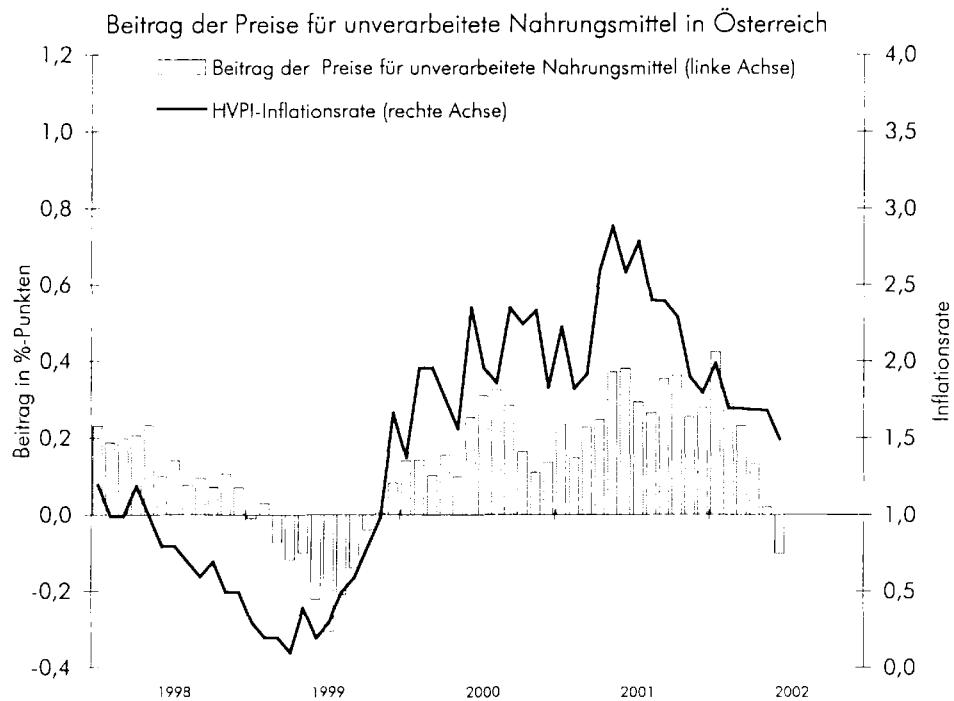


Gemüse und Kartoffeln



Die Abbildung „Beitrag der Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel zur Inflation in Österreich“ vermittelt ein Bild davon, wie viel Prozentpunkte der Inflation in Österreich den Anstieg der Preise von Fleisch und Obst und Gemüse zuzuschreiben ist. So wäre etwa im Jänner 2002 die Teuerungsrate um 0,4%-Punkte niedriger ausgefallen, wenn sich die Preise von Fleisch, Obst und Gemüse gegenüber Jänner 2001 nicht verändert hätten. Die Inflationsrate hätte dann nicht 2,0% sondern nur

1,6% betragen. Ähnlich hohe Beiträge zur Inflationsrate ergeben sich bereits im Frühjahr und Herbst 2001.

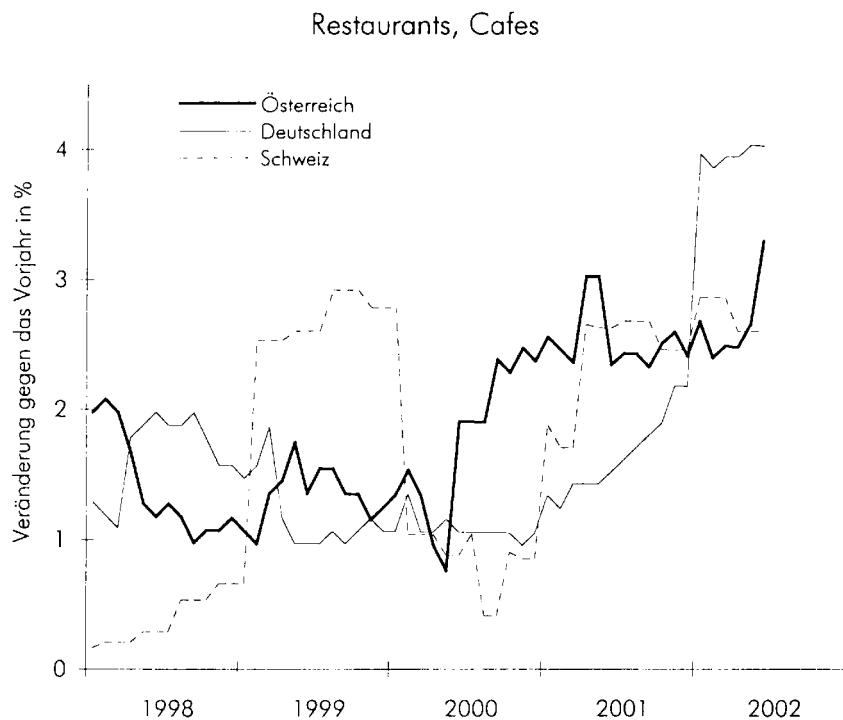


4.3.2 Dienstleistungspreise

4.3.2.1 Restaurants und Cafés

Neben den Nahrungsmittelpreisen zog die Entwicklung der Preise in der Gastronomie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in besonderem Maße auf sich. Wie die Europäische Zentralbank (Monatsbericht, Juli 2002, S. 21) bemerkt, lagen die Preissteigerungen in der Gastronomie in der Euro-Zone im ersten Halbjahr über ihren historischen Durchschnittswerten; dies lasse eine Verbindung mit der Einführung der Euro-Banknoten und Münzen vermuten.

In Deutschland war der Preissprung im Gastgewerbe zu Beginn des Jahres besonders deutlich ausgeprägt; die Preise in Restaurants und Cafés wurden von Dezember 2001 auf Jänner 2002 um 2,0% angehoben. Damit erhöhte sich die Jahresveränderungsrate von 2,2% im Dezember 2001 auf 4,0% im Jänner 2002; seither blieb die Teuerungsrate allerdings nahezu unverändert.



In Österreich dagegen lässt sich ein anderes zeitliches Muster beobachten: die Gastronomiepreise wurden Mitte des Jahres 2001, also weit vor der Euro-Umstellung, stärker als in Deutschland (und in der Schweiz) angehoben, wobei allerdings die Jahresänderungsraten moderate 2 ½ % betragen. Anders als in Deutschland wurde der Jahreswechsel 2001/2002 nicht dazu genutzt, die Preise hinaufzusetzen, und die Jahresveränderungsrate blieb daher mit durchschnittlich 3,2% in den ersten fünf Monaten erheblich unter der Rate, die für Deutschland ausgewiesen wurde. Erst von Mai auf Juni 2002 trat ein Preisschub von 0,8% ein, der zum Teil als eurobedingter Nachzieheffekt gedeutet werden kann. Der Preisabstand zum Vorjahr liegt allerdings mit 3,3% weiterhin unter dem entsprechenden Wert für Deutschland, aber über jenem für die Schweiz.

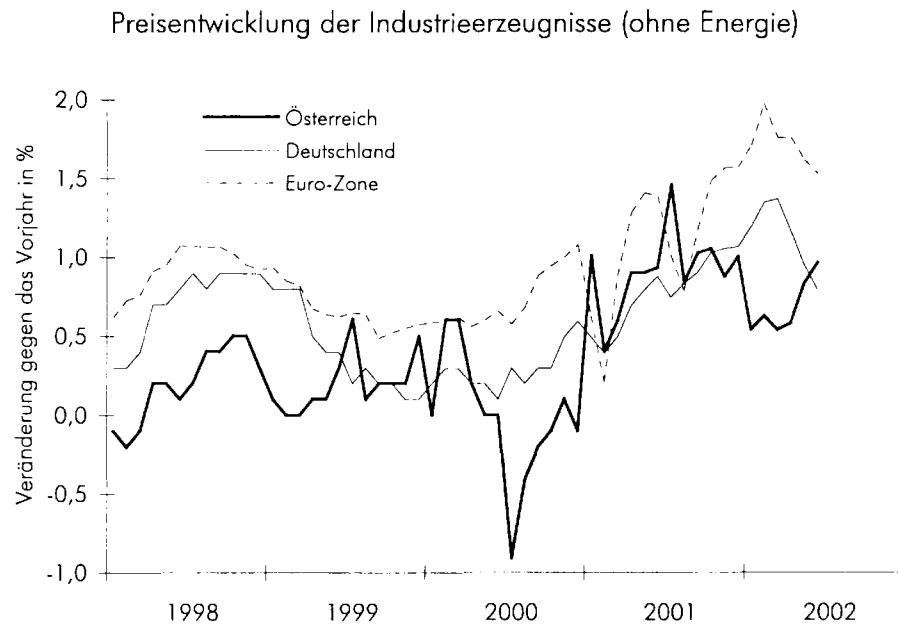
4.3.2.2 Sonstige Dienstleistungspreise

Im Euro-Währungsgebiet dürfte die Bargeldumstellung in einigen Dienstleistungsbereichen zu größeren Preisankündigungen benutzt worden sein. In Deutschland besonders betroffen waren neben der Gastronomie das Friseur- und Kfz-Handwerk sowie gewisse Reparaturen (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Juli 2002).

In Österreich ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Die Preise im Friseurgewerbe, für Autoreparaturen sowie für Wohnungsinstallationsdienstleistungen wurden außergewöhnlich stark erhöht, zum Teil schon zur Jahreswende, zum Teil erst in den nachfolgenden Monaten. Allerdings bleiben die Jahresveränderungsraten im Juni 2002 mit Ausnahme der Preise für das Friseurgewerbe unter der Marke von 5%.

4.3.3 Industrieerzeugnisse (ohne Energie)

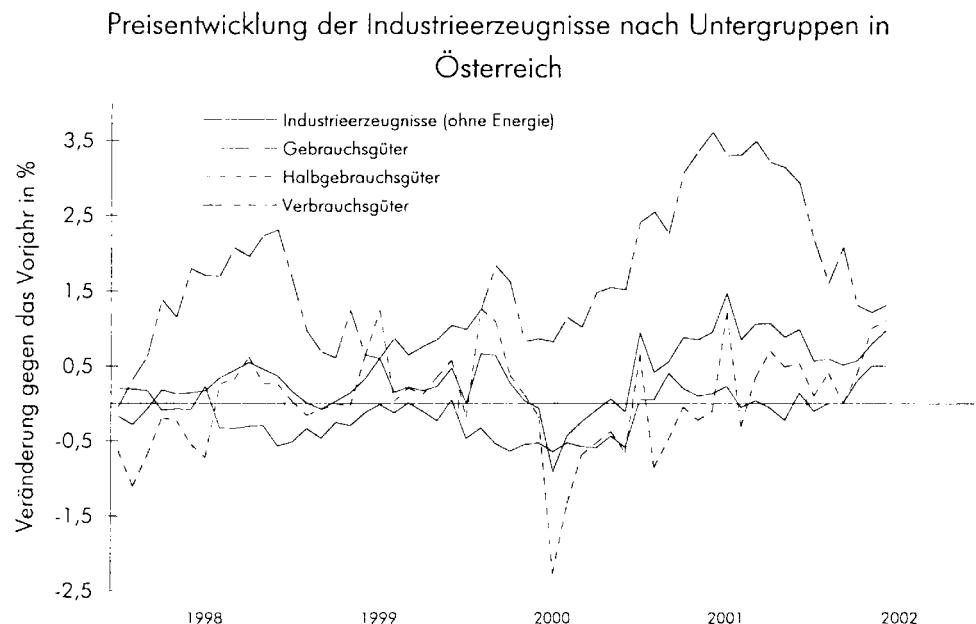
Der preistreibende Effekt des Anstieges der Rohstoffpreise (insbesondere der Rohölpreise), der die Preisentwicklung der Industrieerzeugnisse seit Ende 2000 geprägt hatte, scheint allmählich nachzulassen. Im Euro-Währungsgebiet ermäßigte sich die Teuerung in diesem Bereich von 1,9% im Februar auf 1,6% im Juni 2002. Allerdings erschweren starke kurzfristige Preisschwankungen von Bekleidung, Schuhe, Sportartikel und Pflanzen die Interpretation der Preisentwicklung recht erheblich.



Im Vergleich zwischen Österreich und Deutschland stellte sich in den letzten Monaten eine gegenläufige Entwicklung ein. In Österreich verlangsamte sich der Preisauftrieb der Industrieerzeugnisse zu Beginn des Jahres auf 0,6%, verstärkte sich aber im Mai und Juni. Dagegen wies die Teuerungsrate der Industrieerzeugnisse in Deutschland zu Jahresbeginn 2002 eine Zacke nach oben aus, zuletzt ist jedoch eine Beruhigung zu beobachten. Im Juni 2002 überschneiden sich die Teuerungsraten von Österreich und Deutschland bei der Marke von 1%. Nach wie vor ist jedoch die Teuerungsrate in Österreich in diesem wichtigen Bereich um gut $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt niedriger als in der Euro-Zone.

Wie in den vergangenen Jahren gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Teuerungsraten der drei Untergruppen der Industrieerzeugnisse. Gebrauchsgüter (darunter Fahrzeuge, Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Datenverarbeitungsgeräte, Video, Hi-Fi-Geräte u. ä.) weisen die geringste Inflationsrate auf, dann folgen die Halbgebrauchsgüter (darunter Bekleidung; Schuhe; Heimtextilien; Sportgeräte; Kfz-Ersatzteile und Zubehör) und Verbrauchsgüter (Material zur Wohnungsinstandhaltung; Zeitungen, Bücher, Schreibwaren; Toiletteartikel; Reinigungsmittel und sonstige Haushaltswaren; pharmazeutische Erzeugnisse). Im Jahr 2001, also in der Vorbereitungsphase der Euro-Bargeldumstellung, klafften die Teuerungsraten der drei Gruppen der Industrieerzeugnisse besonders stark auseinander. Diese Unterschiede zwischen

nahezu stabilen Preisen für Gebrauchsgüter und verhältnismäßig stark steigenden Preisen für Verbrauchsgüter dürften Einfluss auf die „gefühlte Inflation“ (siehe weiter unten) haben, soweit die Preisbewegung (insbesondere Verteuerung) von Waren, die häufig erworben werden (Verbrauchsgüter), stärker als nur selten angeschaffte Güter (Gebrauchsgüter) die Aufmerksamkeit der Konsumenten beanspruchen.



Die Unterschiede in der Preisentwicklung der drei Gruppen von Industrieerzeugnissen verringerten sich in den letzten Monaten beträchtlich: Die Preise der Gebrauchsgüter zogen etwas stärker an, der Preisauftrieb der Verbrauchsgüter verlangsamte sich. Im Vergleich mit Deutschland und der Schweiz wiesen einige Gebrauchsgüter und Halbgebrauchsgüter wie Haushaltsgeräte, Werkzeuge und Geräte für Haus und Garten sowie Kfz-Ersatzteile und Kfz-Zubehör hohe Jahresveränderungsraten auf. Allerdings halten sich die Teuerungsraten im Rahmen von 1% bis 3%, nachdem sich die Veränderungsraten in den Vorjahren zeitweise im negativen Bereich bewegt hatten.

4.4 Subjektive Inflationswahrnehmung und tatsächliche Inflation¹⁵

Die Diskussion um den Euro sowie die Vorbereitungsarbeiten zur Währungsumstellung fielen in einen Zeitraum, in welchem sich der Preisauftrieb rasch beschleunigte. In Teilen der Bevölkerung entstand daher der Eindruck, dass der Anstieg der Inflation ursächlich mit der Einführung des Euro als Bargelds verknüpft sei. Der Euro wurde vielfach als „Teuro“ bezeichnet. Dieses Bild wurde auch aufrechterhalten, als die Teuerung im Laufe des ersten Halbjahres 2002 nachließ.

4.4.1 Konsumenten überschätzen Preisauftrieb

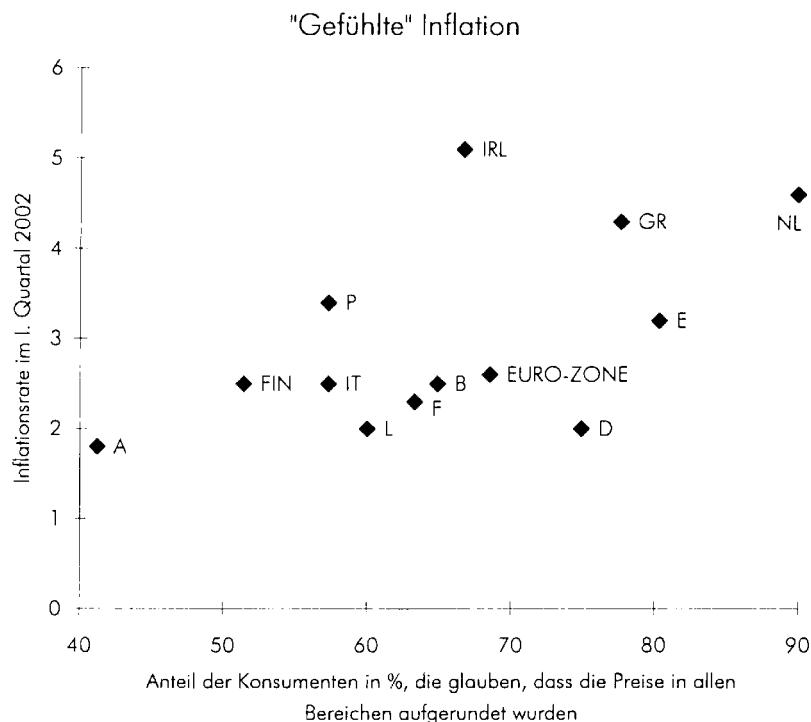
Die Ergebnisse von Umfragen sowie die zahlreichen Beschwerden der Konsumenten über Preiserhöhungen während der Umstellung von den nationalen Währungen auf den Euro weisen darauf hin, dass der Preisauftrieb von den Verbrauchern als höher wahrgenommen wurde als er tatsächlich war. Laut einer Umfrage, die von der europäischen Kommission in Auftrag gegeben worden war (Eurobarometer 57.1, siehe Anhang 3), glauben 68,5% der Bewohner in der Euro-Zone, dass die Preise nach der Bargeldumstellung in allen Bereichen aufgerundet wurden. Nach der Einschätzung von nur 11,4% der Konsumenten sind die Preise nicht aufgerundet oder abgerundet worden.

Allerdings gibt es zwischen den Ländern der Währungsunion erhebliche Unterschiede. Österreich weist mit 41,2% den niedrigsten Wert in der Kategorie „Preise in allen Bereichen aufgerundet“ auf, und mit 22,2% den höchsten Wert in der Kategorie „nicht aufgerundet oder abgerundet“. Laut dieser Umfrage sind also die Österreicher mit der Preisentwicklung relativ „zufrieden“.

Im Großen und Ganzen wird die Preisentwicklung in jenen Ländern günstiger eingeschätzt, die eine niedrige Inflationsrate im 1. Vierteljahr 2002 aufweisen. Allerdings ist diese Beziehung recht locker. Andere Faktoren dürften eine zumindest ebenso große Rolle gespielt haben. Dazu zählen Aktionen nationaler Institutionen, die darauf abzielen, eine genaue Umrechnung sicherzustellen, Informationskampagnen ebenso wie die Berichterstattung der Medien über die Währungsumstellung und die Preisentwicklung.

In der Meinung der österreichischen Konsumenten schneiden dabei die Supermärkte am besten ab: 51% der Befragten gaben an, dass die Supermärkte immer, oder sehr häufig abrunden würden, oder dass die Preise gleich blieben. Dann folgen die Nahrungsmittelgeschäfte und andere kleine Geschäfte sowie die öffentlichen Transportunternehmen.

¹⁵ siehe auch Kapitel 2.2 Psychologische Wahrnehmung der Preise – „gefühlte“ Inflation



Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer 57.1

Als größte „Preistreiber“ empfanden die Österreicher Dienstleistungsunternehmer wie Friseure und Taxis sowie Restaurants und Cafés. In diesen beiden Bereichen entspricht die Einschätzung der österreichischen Verbraucher jener der europäischen Verbraucher, auch wenn in Österreich zur Jahreswende und kurz danach die Gastronomiepreise im Durchschnitt nicht, wohl aber in Einzelfällen erhöht wurden.

4.4.2 Verstärkung des Preisauftriebes in der Vorbereitungsphase beeinflusst Konsumenteneinschätzung

Tatsächlich verstärkte sich, wie bereits angeführt, der Preisauftrieb in den Jahren 2000 und 2001 erheblich. Bereits Ende 1999 hatten sich die im Verbraucherpreisindex enthaltenen Energiepreise im Gefolge des drastischen Anstieges der Rohölpreise kräftig erhöht. Dieser Energiepreisschock wurde seit Frühjahr 2001 durch einen weiteren Schock überlagert: die preistreibenden Effekte der Tierseuchen, die zu einer Verknappung des Angebotes an Fleisch aber auch an Milchprodukten führte. Zudem wurde der Auftrieb der Nahrungsmittelpreise durch schlechte Ernten von Gemüse und Obst als Folge der heißen und trockenen Sommer sowohl 2000 als auch 2001 aufgeheizt. Der Höhepunkt der Verteuerung von Gemüse kam allerdings zur Jahreswende 2001/2002, zum Zeitpunkt der Einführung des Euro als Bargeld. Gemüse war im Jänner 2002 um 18% teurer als im Jänner des Vorjahres.

Angesichts dieser Preisentwicklung konnten sich die Konsumenten in ihrer Meinung bestätigt fühlen, dass sowohl in der Vorlaufzeit zur Euro-Umstellung als auch unmittelbar danach die Preise besonders stark anzogen hätten. Soweit sich allerdings die Einschätzung der Konsumenten bezüglich der Inflationseffekte der Euro-Einführung auf die Inflationsdaten stützt, die sich ja in der Regel auf Vorjahresveränderungen beziehen, ist es fraglich, ob der Blick in die Vergangenheit eine richtige Einschätzung der laufenden Teuerung liefert.

Die von den angeführten Preisschocks betroffenen Waren, nämlich Treibstoffe, Obst und Gemüse sowie Fleisch und Milch und Milchprodukte, sind gute Beispiele für häufig getätigte Ausgaben, welchen die Verbraucher in der Beurteilung der Teuerungstendenz wohl eine besonders wichtige Rolle zuteilen. Angesichts der starken Teuerung in diesen Bereichen ist es plausibel, dass die Verbraucher die Inflation als gravierender empfanden als sie tatsächlich war. Die Überschätzung der Teuerung in einem speziellen Bereich, in welchem die Konsumenten oft Käufe tätigen, zeigt sich recht deutlich in der Gastronomie: Beschwerden über Preiserhöhungen bezüglich der Leistungen des Gastgewerbes häufen sich, auch wenn die Verbraucherpreisstatistik für Österreich (im Gegensatz zu Deutschland) im Durchschnitt aller in diesem Bereich erfassten Gastronomieleistungen nur eine mäßige Anhebung der Preise (und zwar nicht zur Jahreswende sondern erst von Mai auf Juni 2002) ausweist.

Käufe des täglichen Leben dürften zwar die größte Aufmerksamkeit der Verbraucher auf sich ziehen, der Verbraucherpreisindex erfasst darüber hinaus auch größere Anschaffungen, die nur in größeren Abständen getätigt werden. Möbel, Fernseher, Fotoapparate und Personenkraftwagen verteuerten sich während der Übergangszeit nur geringfügig oder verbilligten sich sogar; dies sind Veränderungen, die von den Konsumenten in der Regel wohl nicht wahrgenommen werden.¹⁶

Darüber hinaus enthält der Verbraucherpreisindex eine Reihe von Waren und Dienstleistungen, bei denen es keinen Anlass gibt, an einer genauen Umrechnung von Schilling in Euro zu zweifeln. Dazu gehören zum Beispiel die Mieten, die in den letzten Monaten kaum angehoben wurden, also insgesamt die Teuerung auf der Verbraucherebene dämpften.

4.4.3 „Gefühlte Inflation“ weicht zunehmend von tatsächlicher Teuerung ab

Die Vermutung, dass vorwiegend die Preisbewegung von häufig getätigten Preisen die Einschätzung der Konsumenten beeinflusst, wird durch eine Untersuchung der Europäischen Zentralbank gestützt (Europäische Zentralbank, Monatsbericht Juli 2002, S. 19-20). Im Rahmen der Verbraucherumfrage der EU-Kommission wird den Verbrauchern eine Frage hinsichtlich der von den Verbrauchern in den jeweils vergangenen zwölf Monaten „gefühlten Inflation“ gestellt. Im allgemeinen gibt es

¹⁶ Wie bereits oben ausgeführt, lassen sich schon seit einigen Jahren systematische Unterschiede in der Teuerung der Industriegüter feststellen: die Preise von Verbrauchsgütern, also jenen Gütern, die häufig angeschafft werden, steigen am stärksten, jene der Gebrauchsgüter (Möbel, Fahrzeuge, technische Güter) am langsamsten.

eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der „gefühlten Inflation“ und der tatsächlichen Inflation laut dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex. Die Verbraucher erfassen also die tatsächliche Preisentwicklung bei ihrer Bewertung der Preisbewegung in der Vergangenheit recht gut.

Allerdings entfernt sich seit Mitte 2000 der Indikator für die „gefühlte Inflation“ zunehmend von der tatsächlichen Entwicklung: Die Teuerung wird von den Verbrauchern als höher wahrgenommen, als sie tatsächlich war. Diese Abweichung vergrößerte sich im ersten Halbjahr. Während die Inflation in diesem Zeitraum nachließ, standen die Verbraucher offensichtlich unter dem Eindruck, dass sich der Preisauftrieb verstärkt habe.

Wie schon oben angeführt, sind in den letzten beiden Jahren in besonderem Maße die Preise für Treibstoffe und Nahrungsmittel, darunter insbesondere Fleisch, Obst und Gemüse, von der Preisentwicklung des gesamten Warenkorbes abgewichen.

Die zeitliche Übereinstimmung der Preisentwicklung dieser Waren mit dem Auftreten der Abweichungen von gefühlter und tatsächlicher Inflation spricht für die These, dass die Verbraucher der Preisentwicklung bei Waren und Dienstleistungen, die sie häufig kaufen bzw. beanspruchen, ein großes Gewicht beimessen (Europäische Zentralbank, Monatsbericht Juli 2002, S. 19-20)

5 Europreisentwicklung - Beobachtung der Veränderung der wichtigsten Preisstellungen während der Euro-Einführung im verscannten Lebensmittelhandel in Österreich - ACNielsen

5.1 Allgemein

Diese Studie über die Europreisentwicklung stellt die Entwicklung der wichtigsten Preisstellungen im österreichischen Lebensmittelhandel während der Einführung des Euro dar. Diese Beobachtung der Preisveränderungen schließt an den mit Ende Juni 2002 auslaufenden Euro-Preisbarometer an und ist als dessen Fortführung durch vertiefte Analyse einzelner Preisstellungen zu verstehen.

Quer über alle Produkte im Lebensmittelhandel werden die wichtigsten Preisstellungen konkret beobachtet und deren Entwicklung von Mitte 2001 (KW 30/01), Anfang 2002 (KW 10/02) und Mitte 2002 (KW 30/02) gegenüber gestellt (Entwicklung der „alten“ Schillingpreise; Herkunft der „neuen“ Europreise).

Basis sind dabei die wichtigsten Schilling-Schwellenpreise in KW 30/01. Um einen „sauberen“ Vergleich zu gewährleisten, werden nur jene Produkte berücksichtigt, die in allen drei Perioden Verkäufe aufweisen.

Die Auswertung enthält weiters die Analyse der Entwicklung der Preisklassen und der häufigsten Preisstellungen. Hier wurde ein kumulierter Zeitraum KW 21-30/02 herangezogen und mit KW 1-10/02 verglichen. Bei einer Preisklasse bildet die obere Grenze jeweils die Preisschwelle: 0-0,49; 0,50-0,99 usw. Die Anteile werden von drei verschiedenen Basiswerten berechnet:

- Anteil Produkte: Steht für den Prozentsatz der Beobachtungen in den verscannten Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften
1 Preis/Woche/Produkt/Geschäft = 1 Beobachtung, 1 „Produkt“
- Anteil Kaufakte: Steht für den Anteil an verkauften Stück
Eine Packung = 1 Kaufakt
- Anteil Umsatz: Steht für den Anteil an den beobachteten Ausgaben

Der beobachtete Markt erfasst den verscannten Lebensmitteleinzelhandel (exkl. Hofer und Lidl). Cash and Carry, Getränkeabholmärkte, der Großhandel sowie die Gastronomie werden nicht untersucht.

Von der Untersuchung sind folgende Warengruppen ausgeschlossen: Obst, Gemüse, Gebäck, Wurst, Käse; Nicht-Lebensmittel (Fahrräder, Kleidung, ...).

An Preisen werden alle jene Preisstellungen herangezogen, die 75% des gesamten Umsatzes des Handels ausmachen. Aktionspreise fließen nicht in die Analyse ein.

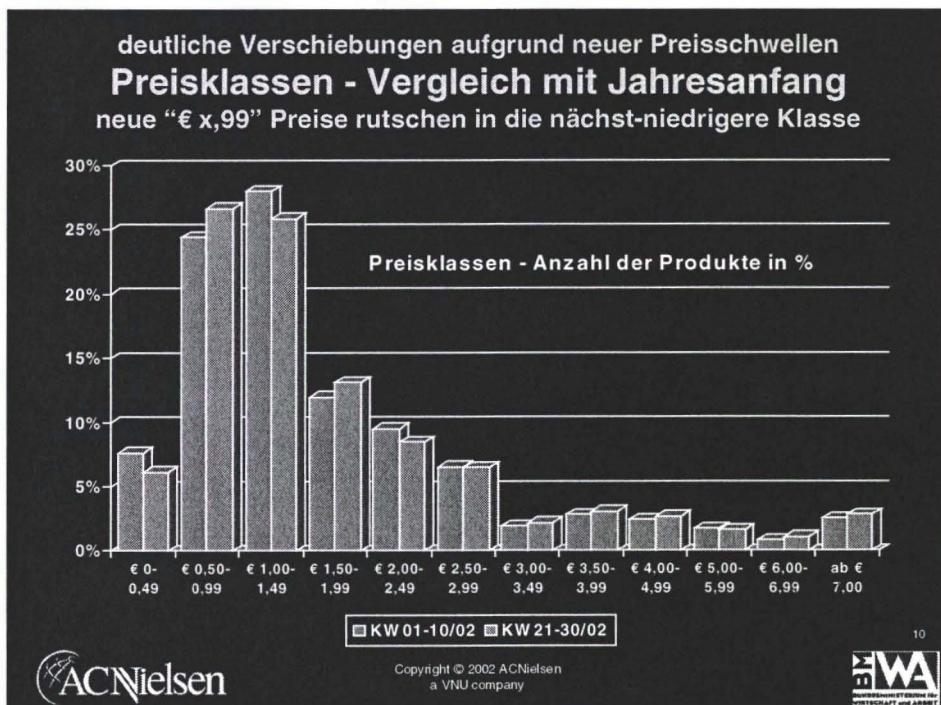
5.2 Ergebnisse

5.2.1 Preisklassen

Rund ein Drittel der Produkte im beobachteten Markt kostet weniger als 1 Euro. Diese Produkte stehen für zwei Drittel aller Kaufakte, weitere 44 % betreffen Produkte zwischen 50 und 99 Cent.

Preisklasse	% Produkte		% Kaufakte		% Umsatz	
	Anteil	kum.	Anteil	kum.	Anteil	kum.
€ 0-0,49	6,1%	6,1%	20,8%	20,8%	7,0%	7,0%
€ 0,50-0,99	26,7%	32,8%	44,1%	64,8%	28,0%	35,0%
€ 1,00-1,49	25,9%	58,6%	18,0%	82,8%	20,0%	55,0%
€ 1,50-1,99	13,1%	71,7%	6,8%	89,6%	10,7%	65,7%
€ 2,00-2,49	8,5%	80,2%	3,3%	92,9%	6,7%	72,4%
€ 2,50-2,99	6,5%	86,7%	2,6%	95,5%	6,5%	78,8%

Im Vergleich mit KW 1-10/2002 sind deutliche Verschiebungen aufgrund neuer Preisschwellen zu beobachten: neue Preise mit 99 Cent-Endungen rutschen in die nächst-niedrigere Klasse. In der Klasse unter 1 Euro zeigt sich ein deutlicher Zuwachs durch die neue 0,99 Euro-Schwelle, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.



5.2.2 Häufigste Einzelpreise

5.2.2.1 Anteil Produkte

Häufigster Preis	Ranking KW21-30/02	Ranking KW01-10/02	
€ 0,99 (ATS 13,62)	4,00%		
€ 0,79 (ATS 10,87)	3,31%	2,52%	8 ↑
€ 1,45 (ATS 19,95)	3,29%	3,60%	4 ↑
€ 1,29 (ATS 17,75)	2,79%		
€ 1,59 (ATS 21,88)	2,78%	2,73%	6 ↑
€ 1,99 (ATS 27,38)	2,44%		
€ 0,69 (ATS 9,49)	2,19%		
€ 1,19 (ATS 16,37)	2,07%		
€ 1,09 (ATS 14,86)	2,04%		
€ 1,79 (ATS 24,63)	1,93%		
€ 2,17 (ATS 29,86)	(12) 1,82%	4,82%	1 ↓
€ 1,08 (ATS 14,86)	(14) 1,73%	4,72%	2 ↓
€ 1,30 (ATS 17,89)	(17) 1,68%	3,26%	5 ↓
€ 1,44 (ATS 19,81)	(19) 1,43%	3,91%	3 ↓
€ 0,57 (ATS 7,84)	(22) 1,30%	2,49%	9 ↓
€ 0,86 (ATS 11,83)	(25) 1,09%	2,53%	7 ↓
€ 1,01 (ATS 13,90)	(40) 0,69%	2,38%	10 ↓

Die neuen Euro-Preisschwellen haben sich bereits voll durchgesetzt: Nach den Aktionspreisen enden nun auch die Kurant (Normal)preise zunehmend auf 9 Cent:

Waren es in KW 10/2000 erst 22 % aller Produkte (Beobachtungen), so sind es nun bereits 47%. Eine verstärkte Bedeutung haben auch die 5-er Endungen mit insgesamt 17 %.

99 Cent stehen als neuer Ankerpreis mit 4 % aller Produkte (Beobachtungen) bereits mit Abstand an der Spitze, gefolgt von 0,79 Euro und 1,45 Euro - letzterer ist die einzige 5er-Endung unter den Top 10 Einzelpreisen. Diese wichtigsten 10 betreffen ein Viertel aller Beobachtungen. „Alte“ Schillingpreise finden sich nur mehr auf den hinteren Plätzen.

5.2.2.2 Anteil Kaufakte

Häufigster Preis	Ranking		Ranking KW01-10/02
	KW21-30/02	KW01-10/02	
€ 0,79 (ATS 10,87)	5,72%	4,86%	1
€ 0,99 (ATS 13,62)	4,18%		
€ 0,69 (ATS 9,49)	3,94%	3,39%	3
€ 0,49 (ATS 6,74)	3,60%	2,24%	9 ↑
€ 0,65 (ATS 8,94)	3,48%	2,59%	7 ↑
€ 0,55 (ATS 7,57)	2,76%		
€ 0,35 (ATS 4,82)	2,74%	2,32%	8 ↑
€ 1,59 (ATS 21,88)	2,44%		
€ 0,50 (ATS 6,88)	2,32%	3,35%	4 ↓
€ 1,29 (ATS 17,75)	2,26%		
€ 0,57 (ATS 7,84) (11)	2,08%	3,78%	2 ↓
€ 0,71 (ATS 9,77) (31)	0,88%	2,70%	6 ↓
€ 0,86 (ATS 11,83) (34)	0,84%	2,23%	10 ↓
€ 1,08 (ATS 14,86) (35)	0,83%	2,79%	5 ↓

Bei den Kaufakten stehen die 79 Cent als „Ankerpreis“ weiterhin (wie bereits in Woche 10) vorne, gefolgt von 99 Cent und 69 Cent.

5.2.3 Entwicklung der „alten“ Schillingpreise

Bei der Analyse der wichtigsten Einzelpreise unter Schilling-Bedingungen zeigt sich ebenfalls der deutliche Trend zu den „eingelernten“ 9-er Endungen: Endete beispielsweise in KW 10 noch fast die Hälfte aller ehemaligen Schillingpreise zu 9,90 auf 71 Cent, so ist es nun nicht einmal mehr ein Fünftel. Ein großer Teil (fast ein Drittel) wurde auf 69 Cent preisgesenkt, knapp ein Viertel kostet mittlerweile 79 Cent.



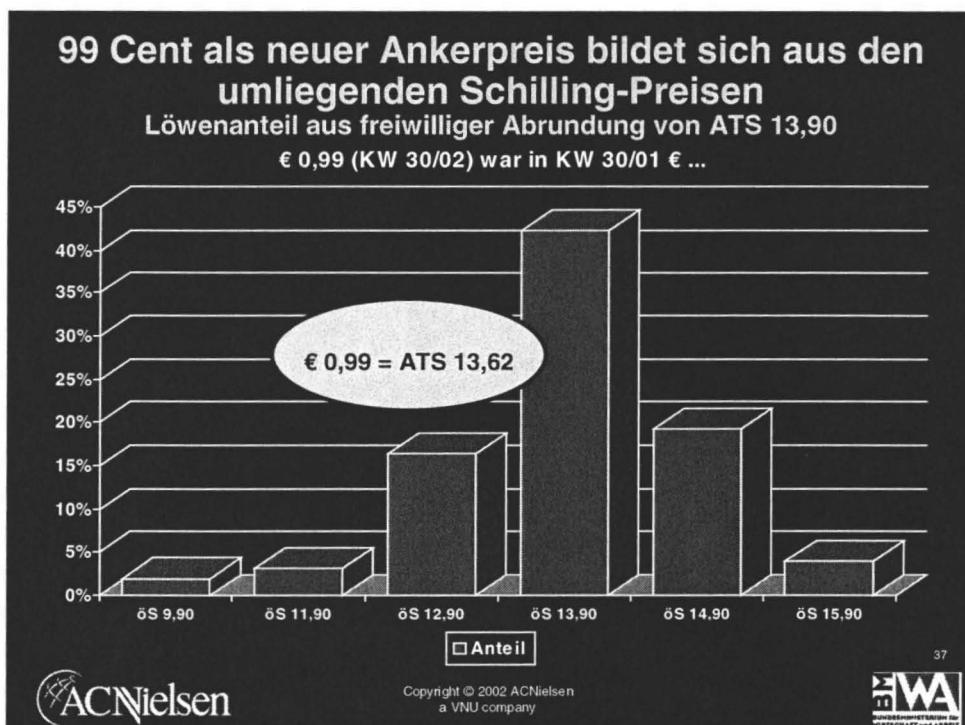
Diese Entwicklung (Anpassung an die nächsten 9er-Schwellen) zeigt sich bei allen untersuchten Einzelpreisen - relativ stark bleiben die 1,45 Euro (Umrechnung von 19,90 Schilling) sowie 0,57 Euro (als Nachfolge von 7,90 Schilling).

5.2.4 Herkunft der wichtigsten Euro-Einzelpreise

Betrachtet man die wichtigsten Einzelpreise unter Euro-Bedingungen, so zeigt sich relativ einheitlich, daß die jeweiligen Produkte davor meist an der nächst-höheren Schilling-9er-Schwelle ausgepreist waren: 49 Cent stammen beispielsweise großteils von 6,90 Schilling ab; 69 Cent von 9,90 Schilling usw.

79 Cent als Umrechnung von 10,90 Schilling stammen zu einem Großteil von ebendort, jedoch auch verstärkt von 9,90 Schilling ab.

Eine besondere „Anziehungskraft“ übt die Preisoptik von 0,99 Euro aus - hier wurden auch verstärkt Produkte um ehemals 14,90 Schilling sowie 12,90 Schilling angepaßt. Ähnliches gilt für 1,99 Euro.



Anhang 1: Parlamentskorrespondenz über den 2. Bericht der Euro-Preiskommission

PARLAMENTSKORRESPONDENZ/02/28.05.2002/Nr. 384

WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS: EINE POSITIVE BILANZ ZUR EURO-EINFÜHRUNG

Österreich hat niedrigste Inflation in der Euro-Zone

Wien (PK) - Eine durchwegs positive Bilanz über die Einführung der neuen gemeinsamen Währung in Österreich präsentierte Wirtschaftsminister Bartenstein im heutigen Wirtschaftsausschuss. Die Euro-Bargeld-Einführung sei schnell und logistisch problemlos vollzogen worden, heißt es im diesbezüglichen Zweiten Bericht der Euro-Preiskommission (III-147 d.B.), den der Ausschuss ohne Gegenstimme zur Kenntnis nahm. Vereinzelte Preiserhöhungen bei bestimmten Leistungen von Restaurants und Cafes sowie bei einigen Industrieerzeugnissen werden eingeräumt, auf die Teuerung insgesamt habe dies aber nur sehr bescheidene Auswirkungen gehabt.

Insgesamt verlangsamte sich die Inflation im Euro-Währungsgebiet während der letzten Monate, wobei sich Österreich innerhalb der Euro-Zone als das preisstabilste Land etabliert habe. Während die Mehrheit der Preiskommission von einer Verlängerung der Pflicht zur doppelten Preisauszeichnung nichts halte, weil dies die Ausbildung des Wertgefühls für den Euro verzögere, machte Wirtschaftsminister Martin Bartenstein darauf aufmerksam, dass die Mehrheit der Österreicher noch "in Schillingen rechne" und appellierte an den Handel, die doppelte Preisauszeichnung noch bis Ende des Jahres auf freiwilliger Basis beizubehalten.

In das Lob des Wirtschaftsministers für die hervorragende Arbeit der Euro-Preiskommission stimmten die Vertreter der Regierungs- wie der Oppositionsparteien ein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Johann Maier stellte fest, dass es gelungen sei, größere Preistreibereien und Preisschübe zu verhindern, brachte aber dennoch Fälle nicht nachvollziehbarer Preiserhöhungen, falscher Umrechnungen, der Nicht-Einhaltung der doppelten Preisauszeichnung und der Reduzierung von Füllmengen in Fertigpackungen zur Sprache. Für die ÖVP wertete Abgeordnete Martina Pecher (V) den Bericht als ein gutes Zeugnis für die Wirtschaft und erinnerte daran, dass 97 % der Waren im Lebensmittelhandel preislich gleich geblieben seien. Auch bei den Preisen der Restaurants und Cafes sei in Österreich eine wesentlich positivere Entwicklung zu verzeichnen als in den anderen Ländern der Euro-Zone. Auch Abgeordneter Werner Kogler (G) meinte, die Euro-Umstellung sei inflationstechnisch gut gelaufen. Man sollte die ökonomische und soziale Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion kritisieren, aber auf populistische Attacken gegen die gemeinsame Währung verzichten. Abgeordneter Maximilian Hofmann (F) schloss sich dem positiven Tenor der Debatte mit der Aufforderung an, Einzelfälle nicht zum Anlass von Negativdarstellungen zu machen. Die Entwicklung

des Verbraucherpreisindex zeige, dass der befürchtete Euro-Preisschub ausgeblieben sei.

TENOR DER DEBATTE: DER EURO IST KEIN TEURO

In der Debatte stellte der sozialdemokratische Konsumentenschützer Abgeordneter Johann Maier fest, dass der Verein für Konsumenteninformation und die Arbeiterkammern mit Beschwerden überhäuft worden seien, dass es aber aufgrund der exzellenten Arbeit der Euro-Preiskommission gelungen sei, größere Preistreibereien und Preisschübe zu verhindern. Der Abgeordnete brachte aber Fälle nicht nachvollziehbarer Preiserhöhungen, falscher Umrechnungen, der Nicht-Einhaltung der doppelten Preisauszeichnung und der Reduzierung von Füllmengen in Fertigpackungen zur Sprache. Bei Anzeigen hätten sich die Bezirksbehörden personell nicht in der Lage gesehen, den Vorwürfen nachzugehen und vielfach Verfahren eingestellt. Für ihn stelle sich daher die Frage, wie die Bezirksverwaltungsbehörden mit all den zusätzlichen Aufgaben zu Rande kommen werden, die sie im Zuge der Gewerbeordnungsnovelle übernehmen sollen. Ein Spezialproblem, das Abgeordnetem Maier im Interesse vieler Jugendlicher am Herzen lag, war die Umstellung von Automaten von 10-S-Beträgen auf 1-Euro-Beträge. Seine Detailfragen an den Wirtschaftsminister galten der Weiterführung des Preismonitorings und des Euro-Preisbarometers. Da ein Preisschub in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten sei, plädierte Maier für eine Fortführung der Preisbeobachtung.

Abgeordnete Martina Pecher (V) schloss sich dem Lob ihres Vorredners für die Euro-Preiskommission an und sprach von einem positiven Bericht, der der österreichischen Wirtschaft ein gutes Zeugnis ausstelle. 97 % der Waren im Lebensmittelhandel seien preislich gleich geblieben. Der Preisauftrieb sei während der letzten Monate gedämpft worden, extreme Preiserhöhungen bei Obst seien nicht auf den Euro, sondern auf Engpässe in der Versorgung zurückzuführen gewesen, und bei den Preisen der Restaurants und Cafes sei in Österreich eine wesentlich günstigere Entwicklung zu verzeichnen als in den anderen Ländern der Euro-Zone. Österreich habe die niedrigste Inflationsrate in der Wirtschafts- und Währungsunion.

Abgeordneter Werner Kogler (G) mahnte dazu, deutlich zu unterscheiden, wie der Euro subjektiv wahrgenommen werde und was objektiv erhoben werden könne. Bei aller notwendigen Kritik an der Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion wandte sich Kogler gegen populistische Attacken auf die gemeinsame Währung, wobei er auf die Bezeichnung des Euro als einer "Besatzungswährung" durch Le Pen in Frankreich hinwies. Inflationstechnisch sei die Umstellung auf den Euro sehr gut gelaufen, zeigte sich Kogler überzeugt.

Abgeordneter Maximilian Hofmann (F) sprach ebenfalls von guter Arbeit der Preiskommission und meinte, man sollte Einzelfälle nicht zum Anlass von Negativdarstellungen verwenden. Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex zeige, dass der befürchtete Euro-Preisschub ausgeblieben sei.

Abgeordneter Günter Kiermaier (S) verteidigte die Gastronomie gegen den hier und da erhobenen Vorwurf, sich nicht an die Vorschriften gehalten zu haben. Schwarze

Schafe gebe es in allen Branchen - die WIRTE begrüßten den Euro und hielten sich sehr exakt an die Umrechnungsvorschriften.

MINISTER BARTENSTEIN FÜR FREIWILLIGE FORTFÜHRUNG DER DOPPELTEN PREISAUSZEICHNUNG

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein zeigte sich zufrieden mit dem Verlauf der Währungsumstellung und stolz auf die Tatsache, dass sich Österreich als preisstabilstes Land in der Wirtschafts- und Währungsunion erwiesen habe. In diesem Zusammenhang plädierte der Ressortleiter für eine stärkere Anlehnung Österreichs an den Verbraucherpreisindex der Europäischen Union. Auch Bartenstein dankte der Euro-Preiskommission für ihre hervorragende Arbeit und der Wirtschaft für ihre Disziplin. An den Handel richtete er den Appell, die doppelte Preisauszeichnung im Interesse der vielen Österreicher, die noch in Schilling rechnen, freiwillig weiter zu führen.

Anhang 2: Euro-Einführungs-Begleitforschung

Methodik der Erhebung

Die Euro-Einführungs-Begleitforschung wird von der Arbeitsgruppe Verbraucherforschung des Instituts für Technologie und Warenwirtschaftslehre der Wirtschaftsuniversität Wien durchgeführt. Die Feldarbeit wurde vom Marktforschungsinstitut FESSEL-GfK übernommen. Gefördert wird diese Begleitforschung von der Österreichischen Nationalbank.

Das Projekt arbeitet im Sinne einer qualitativen Sozialforschung und erhebt empirisch mit Leitfadeninterviews in einem Panel von 34 Personen, d.h. die gleichen Personen werden in mehreren Wellen in einer dialogischen, personenzentrierten Form zu ihren Einstellungen, Verhaltensweisen, Erfahrungen usw. im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Währung befragt.

Die ersten beiden Erhebungen fanden Anfang Dezember 2001 und in der zweiten Jännerhälfte 2002 statt.

Ergebnisse der dritten Erhebung: März/April 2002

- Ein Drittel hat sich an den Euro schon "sehr gut gewöhnt", einem Drittel ist die neue Währung bereits "gewohnt", jedoch ein Drittel hat noch Probleme mit dem Euro.
- Dramatisch sind die Veränderungen bei der Einschätzung der Zeit, die man benötigen wird, um wirklich gut und geläufig mit dem Euro umzugehen. War vor der Euroeinführung die Mehrheit der Auffassung, dies werde nur einige wenige Wochen brauchen, so sprang dieser Zeitraum dann Ende Jänner auf "noch ein halbes Jahr". Jetzt, nach drei Monaten, meint die Mehrheit, dass es noch ein Jahr und länger dauern wird.
- Praktisch niemand hat - im Rückblick auf die ersten drei Monate mit der neuen Währung - wegen des Euro bei größeren Anschaffungen diese aufgeschoben. Für die nächste Zeit denken vier Fünftel ebenso nicht an Zurückhaltungen bei Anschaffungen, ein Fünftel lässt dies nunmehr jedoch noch offen.
- Wohl aber hat ein Viertel das Kaufverhalten verändert: man ist vorsichtiger geworden, passt besser auf, man ist etwas mehr auf Kartenzahlungen übergegangen.
- Die Zahl jener, die bei kleineren Käufen bzw. Beträgen sich schon einmal oder mehrmals "vertan" haben: also durch den kleinen Eurobetrag sich preislich verschätzt hat, ist um rund die Hälfte auf nun etwa zwei Fünftel der Befragten gestiegen.

- Gegenüber den ersten Wochen nach der Euroeinführung ist die genauere Beachtung der Preise nun leicht gesunken, aber rund die Hälfte achtet noch besonders darauf.
- Mehr als zwei Drittel findet die von vielen Geschäften freiwillig weitergeführte doppelte Preisauszeichnung als hilfreich.
- Rund die Hälfte der Befragten benutzt (zumindest noch gelegentlich) Umrechnungshilfen, bspw. Taschenrechner.
- Rund ein Siebtel der Befragten rechnet bzw. vergleicht jetzt nur mehr mit den Europreisen; rund ein Drittel rechnet des öfteren noch auf Schilling für eine Wertorientierung um, und ein gutes Drittel macht dies praktisch immer.
- Bei spontanen Schilling-Euro-Schätzungen erweisen sich mehr als die Hälfte mittlerweile als "sattelfest", rund ein Zehntel liegt aber immer noch ganz deutlich "daneben".
- Rund die Hälfte der Befragten beschäftigen sich mit dem Euro gedanklich überhaupt nicht mehr.
- Rund zwei Drittel der Befragten sehen mit den kleinen Cent-Münzen Probleme (insbes. in Hinblick auf ihre nicht zufriedenstellende Unterscheidbarkeit).
- Ebenfalls rund zwei Drittel haben nun keine Probleme (mehr) mit der 2-Euro-Münze: sie meinen dezidiert, keinen Zwei-Euro-Schein zu brauchen.
- Auffällig war - vor und nach der Euro-Bargeldeinführung - die geringe Beschäftigung mit dem Euro, etwa in familiären Gesprächen usw. Auf die Gründe dafür angesprochen, meinten nun die Befragten in der dritten Welle, dass die breite und intensive mediale Berichterstattung den Euro als Thema für persönliche Gespräche gewissermaßen "erschlagen" habe, - das war "kein interessantes Thema" mehr, sondern ohnedies schon "überall durchgekaut".
- Mehr als zwei Drittel sind gewissermaßen reflexartig der Auffassung, dass durch den Euro die Preise gestiegen sind; auf einen zweiten Blick wird dies dann jedoch relativiert.

Anhang 3: Mitglieder, Sachverständige und Geschäftsstelle der Euro-Preiskommission

Vorsitzender

GL MR Dr. Walter Fuchs, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, C1

Mitglieder

- MR Dipl. Ing. Robert Kernmayer, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung VI/A/1
- MMag. Peter Part, Bundesministerium für Finanzen, Abteilung III/13
- Dr. Beate Blaschek, Bundesministerium für Justiz, Sektion VI - Konsumentenschutz
- Dr. Theodor Tauer, Wirtschaftskammer Österreich
- ao Univ.Prof. Dr. Karl Kollmann, Bundesarbeitskammer
- Mag. Martin Längauer, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Sachverständige

- Mag. Angela Orsolits, Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Dr. Wolfgang Hofmann, Wirtschaftsservice der Stadt Linz (Vertreter des Österreichischen Städtebundes)
- Mag. Nikolaus Drimmel, Österreichischer Gemeindebund
- Dr. Erich Hechtner, Amt der Wiener Landesregierung, MA 63, Gewerbewesen (Ländervertreter)
- Dr. Wolfgang Pollan, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
- Dr. Leopold Vavra, Österreichischer Seniorenrat

Geschäftsstelle

- AL MMag. Erika Ummenberger, C1/4
- Mag. Kristina Hofer, C1/4
- Dr. Thomas Wamprechtshamer, C1/4
- RegRat Heinrich Timmelmayer, C1/4
- AD Karoline Meyszner, C1/4
- Martina Brandstätter, C1/4
- Michael Holy, C1/4

Anhang 4: Eurobarometer 57.1 der Europäischen Kommission

EUROPEANS AND THE EURO

